



## **Regionalplan Havelland-Fläming 3.0**

### **2. Entwurf**

Sachverhaltsermittlung und Abwägungsentscheidungen  
zur Festlegung des  
großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts  
„Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“

(17.04.2025)

Regionale Planungsstelle  
Havelland-Fläming  
Oderstraße 65  
14513 Teltow  
[www.havelland-flaeming.de](http://www.havelland-flaeming.de)



## I Standortermittlung

Die Eignung des Standorts Brandenburg an der Havel-Paterdamm für die Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort (GIV) wurde auf der Grundlage des Planungskonzepts vom November 2020 festgestellt [10]. Für den Standort wurde eine mittlere Standorteignung ermittelt. ([10] Seite 35) Aufgrund der von den Belegenheitskommunen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilten Sachverhalte, Einschätzungen und Bewertungen [11] wurde im Rahmen einer wertenden Gesamtbetrachtung entschieden, den Standort Paterdamm/Krahne als Vorranggebiet für großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte in den 1. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 aufzunehmen. (Beschluss 05/03/03 der Regionalversammlung vom 17.06.2021)

## II Sachverhalte und Abwägungsentscheidungen

### II.1 Belange der Wirtschaft

Nr.	Sachverhalte	Einschätzungen und Bewertungen
II.1.1	<p>Die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel übernimmt nach dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin Brandenburg (LEP HR) [19] die Funktion eines Oberzentrums und ist sowohl als Wirtschafts- aber auch als Wohnstandort nachgefragt. Wirtschaftliche Entwicklungsimpulse zeigen sich u. a. daran, dass in den letzten Jahren Gewerbeflächen, welche lange Zeit als nicht vermarktbare galten, an private Investoren für gewerbliche Zwecke veräußert werden konnten. ([13] S. 2)</p> <p>Die Stadt Brandenburg an der Havel wird im Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg als sogenannte Stadt der zweiten Reihe angesprochen. Die Strategie des „Sprung in die zweite Reihe“ orientiert darauf, „die Ober- und Mittelzentren im weiteren Metropolenraum, die aus Berlin über Schienenverbindungen in einer Fahrzeit von bis zu 60 Minuten erreichbar sind, stärker in die positive Entwicklung der Hauptstadtregion einzubeziehen.“ ([19] Seite 11)</p> <p>Das Oberzentrum Brandenburg an der Havel verfügt über eine gute verkehrliche Anbindung sowie attraktive Wohnstandorte und mit der Technischen sowie der Medizinischen Hochschule auch über wissenschaftliche Bildungseinrichtungen. Die Stadt bietet damit günstige Voraussetzungen für die Ansiedlung von Unternehmen. Auch aufgrund erkennbarer Leistungsgrenzen der vorhandenen Infrastruktur und der weiter zunehmenden Umweltbelastungen im Berliner Umland lässt die Stadt Brandenburg an der Havel ein hohes Entwicklungspotenzial insbesondere im industriellen und gewerblichen Bereich erwarten.</p> <p>Die Stadt Brandenburg an der Havel ist Regionaler Wachstumskern mit den Branchenschwerpunkten Automotive, Kunststoffe,</p>	<p>Die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten erfolgt aufgrund des Ziels 2.3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR). [19] Der Bedarf für die raumordnerische Sicherung geeigneter Standorte ist durch die landesplanerische Zielvorgabe festgestellt.</p> <p>Durch die Regionale Planungsgemeinschaft wurden unter Berücksichtigung der durch den Landesentwicklungsplan vorgegebenen Kriterien insgesamt 18 in Frage kommende Standorte ermittelt und bewertet. Im Ergebnis der Untersuchungen und Vorabstimmungen mit Fachbehörden und den Trägern der Planungshoheit konnte für den Standort „Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne“ festgestellt werden, dass die Eignungsvoraussetzungen im erforderlichen Maße erfüllt sind und eine Übereinstimmung mit den kommunalen Entwicklungsabsichten gegeben ist. An diesen Bewertungen kann im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 festgehalten werden.</p> <p>Die Auswahl potenziell geeigneter Standorte wird insbesondere durch die vorhandene Verkehrsinfrastruktur begrenzt. Im Erarbeitungsprozess zeigte sich zum einen, dass den hohen Anforderungen in Bezug auf die „herausragende Standortgunst“ nur wenige Standorte in besonderem Maße gerecht werden. Zum anderen war festzustellen, dass großflächige Industrieansiedlungen mit den Entwicklungsabsichten der Städte und Gemeinden, in denen aufgrund ihrer günstigen Standortvoraussetzungen bereits in den vergangenen Jahrzehnten in größerem Umfang gewerbliche</p>

<p>Logistik, Metallbe- und -verarbeitung/Mechatronik sowie Schienenverkehrstechnik.</p> <p>Die Arbeitslosenquote in der Stadt Brandenburg an der Havel betrug im Januar 2025 9,4 % und lag damit deutlich über dem Landesdurchschnitt (6,6 %). [1] Dieser Indikator zeigt, dass die Stadt über ein höheres Arbeitskräftepotenzial verfügt.</p> <p>Die Stadt Brandenburg an der Havel hatte im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eine südliche Erweiterung des Vorsorgestandorts im Gebiet der Gemeinde Kloster Lehnin angeregt. Die Gemeinde Kloster Lehnin hatte dieser Anregung allgemein zugestimmt. ([11], S. 5, 31)</p> <p>Mit Stellungnahme vom 08.06.2022 zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 hat die Stadt Brandenburg an der Havel ihre Unterstützung für die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne bestätigt und mitgeteilt, dass diese Festlegung als „unbedingt notwendige Grundlage für die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg an der Havel.“ erachtet werde.</p> <p>Die Gemeinde Kloster Lehnin hat sich in ihrer Stellungnahme vom 07.06.2022 zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne nicht geäußert. Im Rahmen eines Arbeitsgesprächs zu den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens am 10.07.2024 wurde durch den Bürgermeister der Gemeinde Kloster Lehnin allgemein das Interesse der Gemeinde an der Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne bestätigt.</p> <p>Im Beteiligungsverfahren zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 wurden zur Auswahl des Standorts Paterdamm/Krahne auch kritische Bewertungen mitgeteilt. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass der Standort nur über mittlere Eignungsvoraussetzung verfügt und dass Standorte in unmittelbarer Nähe zum Flughafen Berlin-Brandenburg sowie im westlichen Berliner Umland bessere Standortqualitäten aufweisen würden. (u. a. Stellungnahme der IHK Potsdam vom 16. Juni 2022)</p>	<p>Ansiedlungen stattgefunden haben, nicht mehr ausreichend vereinbar sind.</p> <p>Der Standort Paterdamm-Krahne stellt danach die am besten geeignete Planungsalternative dar. Er zeichnet sich insbesondere durch seine direkte räumliche Zuordnung zum Oberzentrum und regionalen Wachstumskern Brandenburg an der Havel sowie seine ausreichend günstige Zuordnung zum Oberzentrum und Regionalen Entwicklungskern Potsdam aus. Die Festlegung gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte verfolgt grundsätzlich einen längerfristigen, strategischen Ansatz, mit dem im Interesse einer räumlich ausgewogenen Wirtschaftsstruktur die sich abzeichnende zunehmend positive Entwicklung der Stadt Brandenburg an der Havel raumordnerisch unterstützt werden kann.</p> <p>Angrenzende, in gleicher Weise geeignete Flächen im Gebiet der Gemeinde Kloster Lehnin ergänzen das Flächenangebot des Vorsorgestandorts.</p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft hält an ihrer Bewertung fest, dass aufgrund des Vorsorgeaspekts, kurz und mittelfristige Entwicklungsabsichten der Träger der kommunalen Bauleitplanung mit einem entsprechenden Gewicht bei der Entscheidung über die Festlegung der großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorte berücksichtigt werden müssen. Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 wurde die Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft, dass die Festlegung potenziell besonders geeigneter Vorsorgestandorte im Berliner Umland von den Belegenheitskommunen nicht ausreichend unterstützt wird, bestätigt.</p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft hält es auf dieser Grundlage weiter für ausreichend gerechtfertigt, den Standort Paterdamm/Krahne als großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort festzulegen.</p> <p>Der Regionalplan hat gerade in Hinsicht auf langfristige Entwicklungen eine strategische Orientierungs- und Steuerungsfunktion. Die Berücksichtigung dieses Aspekts berechtigt im Rahmen einer wertenden Gesamtbetrachtung bei der Standortentscheidung auch dazu, Standorten mit einer potenziell mittleren Eignung den Vorzug zu geben.</p>
--	---

<p>II.1.2</p>	<p>Um der erkennbaren Nachfrage nach Gewerbeflächen gerecht zu werden und um die Ansiedlungen von Industriebetrieben bzw. Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, vorzubereiten und zu steuern, befindet sich ein „Industrie- und Gewerbeflächenkonzept“ der Stadt Brandenburg an der Havel in Erarbeitung. In diesem Zusammenhang werden insbesondere gewerblich-industrielle Flächenpotenziale im Umfeld des Gewerbe- und Industriegebiets Schmerzke östlich der Bundesstraße 102 untersucht. ([13] S. 3)</p> <p>Mit Stellungnahme vom 08.06.2022 bestätigt die Stadt Brandenburg an der Havel, dass Gewerbeflächenpotenziale insbesondere für großflächige Ansiedlungen bereits ausgeschöpft seien und es bei dafür in Frage kommenden Alternativstandorten (GE/GI Kirchmöser, GI Hohenstücken) besondere Herausforderungen beim Autobahnanschluss und bei Belangen des Naturschutzes gäbe.</p> <p>Darüber hinaus ist der Regionalen Planungsgemeinschaft bekannt geworden, dass die Gemeinde Kloster Lehnin im September 2024 die Absicht mitgeteilt hat, einen Bebauungsplan „Erweiterung des Gewerbegebietes Rietzer Berg“ aufzustellen, mit dem die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Erweiterung des Gewerbegebietes „Rietzer Berg“ geschaffen werden sollen. Nach Einschätzung der Gemeinde sei die Erweiterung des Gewerbegebietes erforderlich, um ansiedlungswilligen Unternehmen im Bedarfsfall baureife Flächen zur Verfügung stellen zu können. Für die beabsichtigte Erweiterungen werden zwei Varianten vorgestellt, die sich als nördliche bzw. südliche Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes darstellen. Die Flächen haben jeweils einen Umfang von etwa 20 Hektar. Für den östlich an das Gewerbegebiet „Rietzer Berg“ angrenzenden Bereich hat die Gemeinde Kloster Lehnin im Oktober 2022 die Absicht mitgeteilt, einen etwa 70 ha umfassenden Bebauungsplan „Sondergebiet Photovoltaikanlage beiderseits der Kreisstraße 6949“ aufzustellen. Im August 2023 wurde für den Vorentwurf dieses Bebauungsplans das öffentliche Beteiligungs- und Auslegungsverfahren durchgeführt.</p>	<p>Die ermittelten Sachverhalte bestätigen, dass von den Belegenheitskommunen, ein kurz- und mittelfristiger Bedarf an zusätzlichen Gewerbeflächen gesehen wird, auf den im Rahmen der Bauleitplanung reagiert werden soll.</p> <p>Die Weiterentwicklung des Gewerbebestandes Schmerzke/Rietz schafft in Bezug auf die beabsichtigte raumordnerische Sicherung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts „Paterdamm-Krahne“ weitere günstige Umfeldbedingungen.</p> <p>Die Aktivitäten in Bezug auf den Gewerbebestand „Schmerzke/Rietz“ bestätigen auch, die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommene Bewertung, dass dieser Standort für eine Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort nicht in Betracht zu ziehen ist.</p>
---------------	--	--

## II.2 Belange der allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung

Nr.	Sachverhalte	Einschätzungen und Bewertungen												
II.2.1	<p>In der Umgebung des potenziellen Vorsorgestandortes befinden sich folgende bewohnte Gebiete:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ortsteil Götting der Stadt Brandenburg an der Havel</li> <li>2. Wohnplatz Paterdamm der Stadt Brandenburg an der Havel</li> <li>3. Ortsteil Reckahn der Gemeinde Kloster Lehnin</li> <li>4. Ortsteil Krahne der Gemeinde Kloster Lehnin</li> <li>5. Bewohnter Gemeindeteil Rotscherlinde der Gemeinde Kloster Lehnin</li> </ol> <p>Planungsrechtliche Einordnung:</p> <p>zu 1 Der Ortsteil Götting ist im Flächennutzungsplan der Stadt Brandenburg an der Havel von 1999 teilweise als Mischgebiet und teilweise als Wohngebiet ausgewiesen. Der südöstliche Siedlungsteil befindet sich im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 1 „Krahner Str. / Mittelweg“ der Gemeinde Götting von 1993. Als Art der Nutzung ist „Kleinsiedlungsgebiet“ festgelegt.</p> <p>zu 2 Der Wohnplatz Paterdamm ist im Flächennutzungsplan der Stadt Brandenburg an der Havel (Stand 1999) nicht als Siedlungsgebiet dargestellt. In Paterdamm befinden sich 10 Wohngebäude (ALKIS) [25]. Der vorhandene Siedlungsbestand wird durch die Stadt Brandenburg an der Havel planungsrechtlich als Splittersiedlung im Außenbereich nach § 35 BauGB beurteilt. Immissionschutzrechtlich ergibt sich daraus der gleiche Schutzanspruch wie für Dorf- oder Mischgebiete.</p> <p>3, 4 Die Ortsteile Reckahn und Krahne der Gemeinde Kloster Lehnin sind im Flächennutzungsplan der Gemeinde von 2006 teilweise als Wohngebiet und teilweise als Mischgebiet ausgewiesen.</p> <p>zu 5 Der bewohnte Gemeindeteil Rotscherlinde der Gemeinde Kloster Lehnin ist im Flächennutzungsplan der Gemeinde von 2006 als Mischgebiet ausgewiesen.</p>	<p>Die Ansiedlung gewerblich-industrieller Großbetriebe bewirkt in ihrer Umgebung regelmäßig Immissionsbelastungen und kann daher nur erfolgreich stattfinden, wenn ein ausreichender Schutz der Wohnbevölkerung vor schädlichen Immissionseinwirkungen, insbesondere vor Lärm gewährleistet werden kann, ohne die Betriebstätigkeit erheblich einzuschränken.</p> <p>Über die von Industrie- und Gewerbebetrieben ausgehende Geräuscentwicklung können keine allgemeinen Aussagen getroffen werden. Lärmemissionen können nicht nur nach Art des Betriebes sehr unterschiedlich ausfallen, sondern auch bei gleichartigen Betrieben je nach Art der Gebäude und der Betriebsweise oder auch durch aktive Schallschutzmaßnahmen große Unterschiede aufweisen.</p> <p>Sind, wie im vorliegenden Fall, die zukünftigen Nutzungen noch gänzlich unbekannt, kann eine Immissionsprognose allein aufgrund allgemeiner Annahmen nicht sinnvoll vorgenommen werden.</p> <p>Grundsätzlich gilt, dass die Intensität eines Schallereignisses (Lärm) mit dem Abstand zur Schallquelle abnimmt, wobei weitere Faktoren, wie beispielsweise Abschirmung oder Reflexion, erheblichen Einfluss haben können. Auf der Ebene der räumlichen Planung kann immissionsschutzrechtlichen Konflikten durch Einhaltung eines vorsorgenden Mindestabstands zwischen dem gewerblichen Standort und benachbarten Nutzungen, insbesondere Wohnsiedlungen, vorgebeugt werden.</p> <p>Gewerbelärm wird nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) schalltechnisch beurteilt. In Bezug auf Gewerbelärm können die folgenden Immissionsrichtwerte angesetzt werden ([11] Ziffer 6.1):</p> <table border="1"> <tr> <th></th><th>tags</th><th>nachts</th></tr> <tr> <td></td><td colspan="2">[dB(A)]</td></tr> <tr> <td>Allgemeine Wohngebiete</td><td>55</td><td>40</td></tr> <tr> <td>Mischgebiete</td><td>60</td><td>45</td></tr> </table> <p>Auf dieser Grundlage wird davon ausgegangen, dass die Außengrenze des Vorsorgestandorts 1.000 m zu Wohngebieten und</p>		tags	nachts		[dB(A)]		Allgemeine Wohngebiete	55	40	Mischgebiete	60	45
	tags	nachts												
	[dB(A)]													
Allgemeine Wohngebiete	55	40												
Mischgebiete	60	45												

		<p>750 m zu Mischgebieten nicht unterschreiten sollte.</p> <p>Die Abgrenzung des Vorsorgestandortes gewährleistet mit einer Gesamtgröße von ca. 170 ha einen ausreichenden Gestaltungsraum für die nachfolgende Bauleitplanung, der auch für die angemessene Berücksichtigung des Immissionsschutzes genutzt werden kann (Konkretisierung der Lage der Baufelder, Erhalt von Waldflächen als abschirmende Strukturen).</p> <p>Im Beteiligungsverfahren zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 wurden zu den benannten Sachverhalten und Bewertungen keine Hinweise mitgeteilt. An ihnen wird daher unverändert festgehalten.</p> <p>Das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne wird aufgrund der Ergebnisse des 1. Beteiligungsverfahrens aus den in Abschnitt III benannten Gründen um 230 Hektar verkleinert. Dadurch erhöhen sich die Abstände zu den Siedlungen Götting, Reckahn und Krahne.</p>
--	--	--

### II.3 Belange der Land- und Forstwirtschaft

Nr.	Sachverhalte	Einschätzungen und Bewertungen
II.3.1	<p>Der potenzielle Vorsorgestandort ist fast vollständig bewaldet. Es handelt sich hauptsächlich um Nadelholzforst mit der Hauptbaumart Kiefer, teilweise im Mischbestand mit verschiedenen Laubbaumarten (Biotoptypenkartierung CIR 2009). [22]</p> <p>Gegen die Inanspruchnahme von Wald für eine gewerblich-industrielle Ansiedlung wurden im Beteiligungsverfahren zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 von verschiedenen Behörden und Stellen allgemeine Bedenken geäußert:</p> <p>Diese Bedenken wurden im Wesentlichen mit den folgenden Argumenten begründet:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wald erfülle allgemein wichtige Funktionen für den Wasserhaushalt, den Bodenschutz, die Luftreinhaltung, die Erholung, das Klima sowie das Landschaftsbild und sei Lebensraum von Pflanzen und Tieren.</li> </ol>	<p>Wald ist wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Tier- und Pflanzenwelt, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die natürlichen Bodenfunktionen, als Lebens- und Bildungsraum, das Landschaftsbild und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) sowie wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) zu erhalten und erforderlichenfalls zu mehren. (§ 1 Nummer 1 LWaldG [21])</p> <p>Wald darf nur aufgrund einer forstrechtlichen Genehmigung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden, bei deren Erteilung oder Versagung die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen sind. Für die Inanspruchnahme von Wald für andere Nutzungen ist regelmäßig Ersatz durch Erstaufforstung an anderer Stelle zu leisten. (§ 8 LWaldG).</p> <p>Die raumordnerische Entscheidung für die Festlegung eines gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts muss unter</p>

		<p>Berücksichtigung dieser gesetzlich vorgegebenen Wertungen und Bestimmungen gerechtfertigt werden.</p> <p>Dazu werden folgende Einschätzungen und Bewertungen vorgenommen:</p> <p>Die Festlegung von gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten erfolgt im Interesse der Entwicklung einer langfristig wettbewerbsfähigen und räumlich ausgewogenen Wirtschaftsstruktur, der Schaffung und Sicherung eines vielfältigen Angebots an Arbeitsplätzen sowie der Sicherung und Entwicklung der sozialen und wirtschaftsnahen Infrastruktur.</p> <p>Der Standort „Paterdamm/Krahne“ wurde auf der Grundlage landesplanerischer Vorgaben und unter Erwägung und Berücksichtigung von Planungsalternativen als geeignet ermittelt. Es wurde nachgewiesen, dass die Verfügbarkeit anderer, ähnlich oder besser lagebegünstigter Standorte in der Region Havelland-Fläming nicht gegeben ist. Die Festlegung des Standorts „Paterdamm-Krahne“ unterstützt die Verwirklichung strategischer Ziele der Landesplanung und steht in Übereinstimmung mit kommunalen Entwicklungsabsichten.</p> <p>Die Ansiedlung von gewerblich-industriellen Großbetrieben ist stets mit nachteiligen Auswirkungen auf den Naturhaushalt, den Lebensraum von Tieren und Pflanzen, das Klima, den Wasserhaushalt und die Reinhaltung der Luft verbunden, die im Einzelfall ermittelt und bewertet werden müssen. Neben der günstigen Zuordnung zu vorhandenen Infrastrukturen weist der Standort „Paterdamm-Krahne“ ein geringes Konfliktpotenzial mit anderen Raumnutzungen auf. Die Standortwahl trägt im Ausschlussprinzip dazu bei, weitere Beeinträchtigungen der Lebens- und Umweltqualität in dem durch die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte besonders stark belasteten Berliner Umland zu vermeiden.</p> <p>In einer wertenden Gesamtbetrachtung kann daher – insbesondere unter Berücksichtigung fehlender gleichwertiger Standortalternativen – ein übergeordnetes öffentliches Interesse an der Standortsicherung für eine gewerblich-industrielle Ansiedlung von herausgehobener Bedeutung für die Planungsregion begründet werden.</p> <p>Das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne wird aus den in Abschnitt III benannten Gründen um 230 Hektar verkleinert. Dadurch verringert</p>
--	--	--



		sich die im Vorranggebiet gelegene Waldfläche auf 150 Hektar.
	<p>2. Der durch die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne betroffene Wald habe Bedeutung für die Zuführung von Wasser in den angrenzenden Niederungsbereich, insbesondere in den Bruchwald Roßdunk und das Breite Bruch. Eine mögliche Inanspruchnahme des Waldes für eine gewerblich-industrielle Ansiedlung hätte daher nachteilige Auswirkungen auf den Erhaltungszustand des FFH-Gebiets Bruchwald Roßdunk, gefährde das Moorschutzprojekt Breites Bruch und beeinträchtige den Zustand des Verlandungsmoors Dunkelsee.</p>	<p>Die Annahme das von der Vorrangfestlegung betroffene Waldgebiet habe besondere Bedeutung für die Zuführung von Wasser in den angrenzenden Niederungsbereich ist nicht ausreichend begründet.</p> <p>Die Wasserstände der Havel befinden sich mit 29,3m NHN (Mittelwasser) ganzjährig deutlich über der geografischen Höhe der Polderflächen Breites Bruch. ([20] Seite 3)</p> <p>Der im Vorranggebiet gelegene Wald befindet sich etwa 40 Meter über dem angrenzenden Niederungsgebiet und ist von Grund- oder Stauwasser nicht beeinflusst. Nach den Aussagen der zuständigen Wasserbehörden im Arbeitsgespräch vom 10.07.2024 sind die hydrologischen Verhältnisse im betroffenen Gebiet nicht ausreichend bekannt. Für eine hydrologische Verbindung zwischen dem höhergelegenen Waldgebiet und dem angrenzenden Niederungsbereich gibt es keine konkreten Anhaltspunkte. Die Annahme eines überirdischen oder oberflächennahen Abflusses vom höhergelegenen Nadelwaldgebiet in die angrenzenden, etwa 1 Kilometer entfernten Niederungsbereiche kann nicht allein aus dem bestehenden Höhenunterschied begründet werden. Gegen eine solche Annahme sprechen vor allem die hohe Wasseraufnahmekapazität des Waldes sowie die hohe Verdunstung in Nadelwäldern.</p> <p>Die Inanspruchnahme des Waldgebiets durch teilweise Bebauung führt nicht zwingend zum Verlust von Niederschlagswasser, da das auf versiegelte Flächen auftreffende Niederschlagswasser aufgefangen und kontrolliert abgegeben werden kann.</p> <p>Es wird weiter auf die Abschnitte II.5.1, II.6.1, und II.6.18 verwiesen.</p>
	<p>3. Die Inanspruchnahme von Wald sei allgemein mit dem Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutzprogramm unvereinbar.</p>	<p>Die allgemeine Annahme, die Inanspruchnahme von Wald im Vorranggebiet Paterdamm/Krahne führe zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Belange des Klimaschutzes und sei daher nicht zu rechtfertigen ist nicht ausreichend begründet. Aus der Feststellung, Wälder seien als natürliche CO<sub>2</sub>-Senken im Klimaschutz wirksam, lässt sich kein allgemeines Verbot der Inanspruchnahme von Waldflächen für andere Nutzungen ableiten. Ob und in welchem Umfang Wälder zur CO<sub>2</sub>-Speicherung beitragen, wird maßgeblich</p>

		<p>durch die Waldbewirtschaftung beeinflusst. Für die CO<sub>2</sub>-Bilanz ist vor allem die Verwendung des geernteten Holzes entscheidend. Wird das geschlagene Holz in langlebigen Produkten verwendet, bleibt der Kohlenstoff gespeichert. Der nachteilige Einfluss auf die CO<sub>2</sub>-Speicherung im Wald kann durch Aufforstung langfristig ausgeglichen werden. Nach den Ergebnissen der vierten Bundeswaldinventur „hat der Kohlenstoffvorrat im deutschen Wald um 41,5 Mio. Tonnen (-3 %) abgenommen. Damit wird der Wald im Zeitraum 2017 bis 2022 zu einer Kohlenstoff-Quelle. Der Rückgang des Kohlenstoffvorrats in lebenden Bäumen ist v. a. auf den hohen Vorratsverlust durch Kalamitäten, insbesondere der Folgen der großen Dürre 2018 - 2021 sowie auf den klimawandelbedingt verminderten Zuwachs zurückzuführen.“ (<a href="https://www.bundeswaldinventur.de/vierte-bundeswaldinventur-2022/zusammenfassung">https://www.bundeswaldinventur.de/vierte-bundeswaldinventur-2022/zusammenfassung</a>) Auch für den vom Vorranggebiet Paterdamm/Krahne betroffenen Wald gibt es Hinweise auf mittlere bis starke Vitalitätsverluste. (<a href="http://forestwatch.lup-umwelt.de/">http://forestwatch.lup-umwelt.de/</a>)</p> <p>Die Entscheidung, den Standort Paterdamm/Krahne als großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort festzulegen, beruht auf der ausführlich dokumentierten Ausarbeitung eines Planungskonzepts, bei der auch Planungsalternativen geprüft worden sind. Die Festlegung gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte verfolgt grundsätzlich einen längerfristigen, strategischen Ansatz, mit dem auch das Interesse an einer räumlich ausgewogenen Wirtschaftsstruktur berücksichtigt wird. Von der Regionalen Planungsgemeinschaft wurden für eine Festlegung als großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort auch baulich vorgeprägte Standorte in Erwägung gezogen (Kirchmöser, Forst Zinna). Das Beispiel Forst Zinna zeigt, dass auch auf ehemals genutzten Flächen hohe Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz festzustellen sind und dass auch in diesen Gebieten teilweise Wald aufgewachsen ist. Gewerblich-industrielle Ansiedlungen mit großem Flächenbedarf sind unvermeidbar mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden, die nach den gesetzlichen Vorschriften gemindert und ausgeglichen werden müssen. Die voraussichtlichen Umweltauswirkungen wurden geprüft, im Umweltbericht dargestellt und in der</p>
--	--	---

		<p>Abwägung mit anderen Belangen berücksichtigt.</p> <p>Auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 stellt die Regionale Planungsgemeinschaft fest, dass die Entscheidung, den Standort Paterdamm/Krahne als großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort festzulegen, in Abwägung mit dem Belang des Klimaschutzes ausreichend gerechtfertigt ist.</p> <p>Das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne wird um etwa 200 Hektar bewaldete Fläche verkleinert. Bei dieser Entscheidung wird auch die Funktion des Waldes als potenzielle CO<sub>2</sub>-Senke berücksichtigt. Es wird dazu auf Abschnitt III verwiesen.</p>
II.3.2	Im Bereich des potenziellen Vorsorgestandortes sind die nachfolgend aufgeführten Waldfunktionen kartiert. [29]	<p>Waldfunktionen nach der Waldfunktionskartierung spiegeln die Eigenschaften und Wirkungen des Waldes wider und lassen Rückschlüsse auf die Notwendigkeit zum Schutz gegen nachteilige Auswirkungen zu. Sie wird von den unteren Forstbehörden flächendeckend und eigentumsübergreifend durchgeführt. Die Waldfunktionskartierung stellt den Ist-Zustand zu einem festen Stichtag dar, trifft jedoch keine Planungsaussagen. Für den Landeswald ist die Waldfunktionskartierung gemäß § 26 LWaldG eine verbindliche Grundlage für Planungen. Darüber hinaus entfaltet sie keine rechtliche Bindungswirkung für andere Planungsträger und Waldbesitzer. Sie hat daher vor allem den Charakter einer Entscheidungshilfe. So dient die Waldfunktionskartierung der Beurteilung von Planungen und Maßnahmen aus forstlicher Sicht und soll die Träger öffentlicher Belange sowie die Waldbesitzer in die Lage versetzen, den Anforderungen des Waldgesetzes im Rahmen der Waldbewirtschaftung Rechnung zu tragen. ([6] S. 2 f.)</p> <p>Auf dieser Grundlage werden die nachfolgenden Einschätzungen und Bewertungen vorgenommen.</p>
II.3.3	- ein 200 m breiter Streifen Lärmschutzwald nördlich parallel zur Autobahn A 2 (WF 3300)	<p>Ausweislich der von der Forstverwaltung übermittelten Daten berücksichtigt die kartierte Waldfunktion 3300 den Schutz der Ortslagen Brandenburg an der Havel und Paterdamm vor Verkehrslärm, der von der Bundesautobahn A 2 ausgeht. Ob und inwieweit die kartierten Waldflächen für eine Lärminderung an den benannten Immissionsorten (Paterdamm:</p>

		<p>Entfernung zur A 2 ca. 1,3 km; Brandenburg-Schmerzke: Entfernung zur A 2 ca. 3,8 km, Brandenburg-Neustadt: Entfernung bis zu Autobahn ca. 5 km) wirksam bzw. erforderlich sind, wird durch die Regionale Planungsgemeinschaft nicht bewertet.</p> <p>Im Fall einer gewerblich-industriellen Ansiedlung auf der Fläche des Vorsorgestandortes, würden zusätzlich zur Autobahn weitere Emissionsquellen hinzutreten. Dadurch wird eine Gesamtbewertung der Immissionssituation unter Berücksichtigung des Gewerbelärms erforderlich, die zunächst in einem Bauleitplanungsverfahren vorzunehmen wäre. Maßgeblich für diese Bewertung sind die gesetzlichen Vorgaben zur Einhaltung der Immissionsrichtwerte. Zwischen den benannten Immissionssorten und der gewerblichen Nutzung am Vorsorgestandort verbleiben geschlossene Waldflächen, deren lärmschützende Wirkung in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen ist.</p> <p>Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 wird das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne verkleinert. Dadurch wird die Inanspruchnahme der Waldfunktion 3300 erheblich verringert. Siehe dazu Tabelle 1 in Abschnitt III.</p>
II.3.4	- Sichtschutzwald im Bereich des Solarparks östlich von Reckahn (WF 4100)	<p>Ausweislich der von der Forstverwaltung übermittelten Daten berücksichtigt die kartierte Waldfunktion 4100 eine sichtschützende Wirkung in Bezug auf die Freiflächensolaranlage im Gewerbegebiet Reckahn.</p> <p>Sichtschutzwald dient optisch abschirmenden und ästhetischen Funktionen. Er soll Objekte, die das Landschaftsbild empfindlich stören, verdecken, vor unerwünschtem Einblick schützen sowie die Attraktivität der Landschaft erhöhen bzw. diese nach negativem Eingriff durch den Menschen wieder herstellen. ([6] Abschnitt 3.4 S. 3) Nach Lage und Ausrichtung des kartierten Sichtschutzwalds bietet dieser Schutz vor dem Anblick der Solaranlage aus Richtung der Autobahn (Osten und Norden).</p> <p>Im Fall der Verwirklichung einer gewerblich-industriellen Ansiedlung im Gebiet des Vorsorgestandortes ist mit einer landschaftsbildbeeinträchtigenden Wirkung zu rechnen, die über das durch die vorhandene Solaranlage bereits bewirkte Maß der Beeinträchtigung hinausgeht.</p>

		<p>Das Landschaftsbild im Umfeld des Vorsorgestandortes zeichnet sich nicht durch besondere Vielfalt, Eigenart und Schönheit aus und ist bereits durch die Autobahn, andere gewerbliche Nutzungen, Freileitungen sowie Windenergieanlagen beeinträchtigt.</p> <p>Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 wird das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne verkleinert. Dadurch wird die Inanspruchnahme der Waldfunktion 4100 vollständig vermieden. Dazu wird auf Abschnitt III verwiesen.</p>
II.3.5	- Wald auf erosionsgefährdeten Standorten im Bereich des Fichtenbergs (WF 2100)	<p>Wald auf erosionsgefährdeten Standorten soll Erosion oder Bodenbewegung verhindern. Er dient dem Schutz des eigenen Standortes sowie dem Schutz benachbarter Flächen, Gewässern oder Verkehrswegen vor Bodenverlagerung, Bodenrutschung, Bodenverwehung, Bodenkriechen oder Steinschlag. ([6] Abschnitt 3.2 S. 5) Der Wald an den kartierten erosionsgefährdeten Standorten dient offenbar dem Eigenschutz des Waldes, da benachbarte Gewässer, Verkehrswege oder andere Nutzungen nicht vorhanden sind.</p> <p>Im Fall der Verwirklichung einer gewerblich-industriellen Ansiedlung im Gebiet des Vorsorgestandortes ist mit einer teilweisen Modellierung (Ebning) und Versiegelung der Geländeoberfläche zu rechnen. Soweit erforderlich wäre eine wasser- bzw. windbedingte Erosion durch geeignete technische Maßnahmen zu verhindern.</p> <p>Im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 wird das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne verkleinert. Dadurch wird die Inanspruchnahme der Waldfunktion 2100 vollständig vermieden. Dazu wird auf Abschnitt III verwiesen.</p>
	- Wald mit hoher ökologischer Bedeutung (WF 7710) nach Mitteilung des Landesbetriebs Forst Brandenburg mit Stellungnahme vom 08.06.2022	<p>Als Wald mit hoher ökologischer Bedeutung werden Waldbestände kartiert, die aufgrund einer besonderen Empfindlichkeit oder Seltenheit in besonderem Maße erhaltungswürdig oder schutzbedürftig sind. Diese Bestände haben eine hohe ökologische Wertigkeit, die sie deutlich von ihrer Umgebung unterscheidet. Es können auch Waldbestände sein, auf denen seltene Pflanzenarten anzutreffen sind. ([6] Abschnitt 3.7 S. 11)</p> <p>Die Betroffenheit der Waldfunktion 7710 beschränkt sich auf einen Streifen von etwa 10 Metern Breite und 380 Metern Länge entlang</p>

		eines Waldweges und wird als geringfügig bewertet. Dieser Sachverhalt kann in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden.
	- Wald im Mooreinzugsgebiet (WF 7400) nach Mitteilung des Landesbetriebs Forst Brandenburg mit Stellungnahme vom 08.06.2022	In Bezug auf die Betroffenheit des Mooreinzugsgebietes Dunkelsee wird auf Abschnitt II.6.19 verwiesen.
II.3.6	Die Waldflächen befinden sich fast ausschließlich in Privateigentum. Vorherrschend ist vermutlich der Kleinbesitz. [2]	Diese Eigentumsverhältnisse stellen im Hinblick auf eine nachfragennahe Verfügbarkeit des Standortes möglicherweise eine Erschwernis dar, sind jedoch für sich genommen kein ausreichender Grund, die Festlegung des Standortes nicht vorzunehmen.
II.3.7	Das Gebiet des Vorsorgestandorts befindet sich im Verfahrensgebiet des Bodenordnungsverfahrens Krahne I. Das Bodenordnungsverfahren soll 2026 abgeschlossen werden. [2] Dieser Sachverhalt betrifft den südlich der BAB 2 gelegenen Teil des Vorranggebiets. Das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung hat mit Stellungnahme vom 20.06.2022 darüber informiert, dass das benannte Bodenordnungsverfahren den Verfahrensstand „Bodenordnungsplan“ erreicht hat. Darüber hinaus wurden keine Sachverhalte, Einschätzungen oder Bewertungen mitgeteilt.	Aufgrund der Stellungnahme des Landesamts für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung vom 20.06.2022 geht die Regionale Planungsgemeinschaft davon aus, dass keine Konflikte in Bezug auf die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne gegeben sind.
II.3.8	Im Vorranggebiet befinden sich zwei kleinere Ackerflächen: Eine ca. 13 ha große Fläche geringer Bodenqualität (Ackerzahlen unter 20) zwischen Solaranlage und Autobahn, die im Jahr 2020 brach lag. [27] Sowie eine ca. 3 ha große Fläche an der B 102 nördlich der Ortslage Rotscherlinde.	Eine erhebliche Beeinträchtigung der Belange der Landwirtschaft wird erkennbar nicht bewirkt. Durch die Verkleinerung des Vorranggebiets (siehe Abschnitt III) befindet sich nur noch die 3 ha große Fläche an der B 102 im Vorranggebiet.

#### II.4 Belange des Personen- und Güterverkehrs und der Mobilität

Nr.	Sachverhalte	Einschätzungen und Bewertungen
II.4.1	Die verkehrliche Erschließung kann nur über die B 102 erfolgen und ist beim Landesbetrieb Straßenwesen zu beantragen und zu klären. [14] Das Landesamt für Bauen und Verkehr und der Landesbetrieb Straßenwesen haben sich in ihren Stellungnahmen vom 24.05.2022 bzw. vom 23.05.2022 zum Sachverhalt der straßenseitigen Erschließung des Standortes Paterdamm/Krahne nicht geäußert.	Die Regionale Planungsgemeinschaft hält an ihrer Einschätzung fest, dass eine Erschließung über die B 102 möglich ist.

II.4.2	<p>Die B102 ist als Kraftfahrstraße ausgebaut, damit erscheint der Bau einer neuen Anbindung wenig realistisch. Somit verbleibt nur an der Anschlussstelle der 4-armige Ausbau eines Knotens mit der Rampe zur Fahrtrichtung West oder eine Erschließung über den Knoten mit der L88 bei Paterdamm. Dahingehend wird empfohlen, die Gebietsgrenzen auf die erwähnten Bereiche zu erweitern und in die weiteren Untersuchungen einzubeziehen. [14]</p>	<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft geht weiter davon aus, dass die verkehrliche Erschließung über die B 102 hergestellt werden kann.</p> <p>Es ist grundsätzlich nicht erforderlich, dass Flächen, die der Erschließung des Gebietes dienen von der Festlegung als Vorrangfläche erfasst sind, da sich die Bindungswirkung der Zielvorgabe nur auf die gewerbliche Nutzung bezieht.</p> <p>Flächen der Anschlussstelle der BAB 2 verbleiben im Vorranggebiet.</p> <p>Gegen die Ausdehnung des Vorranggebiets bis zur Einmündung der L 88 in die B 102 spricht die Berücksichtigung eines vorsorgenden immissionsschützenden Abstands zum Wohnplatz Paterdamm (II.2.1).</p>
II.4.3	<p>Großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte sollen eine räumliche Nähe zu mindestens einem weiteren Verkehrsträger neben der Straßenanbindung aufweisen.</p> <p>Etwa 1 km westlich des Vorsorgestandorts verläuft der Streckenabschnitt Brandenburg-Rekahn der ehemaligen Brandenburgischen Stadtebahn.</p> <p>Mit Bescheid des Landesamtes für Bauen und Verkehr vom 13.07.2021 wurden die Flurstücke des Streckenabschnittes sowie die darauf befindlichen Eisenbahnanlagen und -bauwerke gemäß § 23 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes von Bahnbetriebszwecken freigestellt.</p> <p>Mit Stellungnahme vom 24.05.2022 hat das Landesamt für Bauen und Verkehr erneut über die Freistellung des Streckenabschnittes von Bahnbetriebszwecken informiert.</p> <p>Im Beteiligungsverfahren zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 wurde von verschiedenen Stellungnehmenden die Einschätzung mitgeteilt, dass der Standort Paterdamm/Krahne aufgrund des vorstehend dargestellten Sachverhalts nach den Kriterien des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg nicht über die erforderliche Eignung verfügt.</p>	<p>Zum Zeitpunkt der Ausarbeitung des Planungskonzepts, war bereits bekannt, dass ein Erhalt des benannten Streckenabschnitts der Brandenburgischen Stadtebahn aufgrund anderer Interessen des Eigentümers ungewiss war. Die Regionale Planungsgemeinschaft war bei der Bewertung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/ Krahne noch davon ausgegangen, dass die Möglichkeit besteht, die Trasse des am 13.07.2021 von Bahnbetriebszwecken freigestellten Streckenabschnitts zu erhalten. Aus den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 haben sich keine Hinweise darauf ergeben, dass eine Grundstücks- oder Trassensicherung für den betreffenden ehemaligen Schienenweg zu erwarten ist. Für eine Wiederaufnahme des Betriebs liegen daher keine Voraussetzung vor.</p> <p>Auch unter Berücksichtigung dieses Sachverhalts wird durch den Standort Paterdamm-Krahne den Anforderung nach Z 2.3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) ausreichend entsprochen. Die Anforderung nach Z 2.3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, dass großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte in räumlicher Nähe zu mindestens einem weiteren Verkehrsträger neben der Straßenanbindung festgelegt werden sollen, lässt einen Interpretationsraum. Die Anforderung, dass ein geeigneter Standort direkt an einen Schienenweg angeschlossen sein muss, lässt sich</p>

		<p>daraus nicht ableiten. Der nächstgelegene Schienenanschluss des Standortes Paterdamm-Krahne ist der Hauptbahnhof Brandenburg an der Havel in ca. 7 Kilometer Entfernung. Diese Wegstrecke lässt sich mit Kraftfahrzeugen in etwa 15 Minuten bewältigen und führt ausschließlich über die in diesem Abschnitt gut ausgebaute B 102. Wie in der ergänzenden Unterlage zur Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten auf Seite 31 dargestellt ist, kann sowohl das Stadtzentrum von Berlin als auch das Stadtzentrum der Landeshauptstadt Potsdam mit der Bahn in angemessenen Fahrzeiten erreicht werden.</p> <p>Die Ausarbeitung des Planungskonzepts zur Festlegung großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandorte hat gezeigt, dass aufgrund der Anforderungen des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der Region Havelland-Fläming nur wenige Standorte für eine Festlegung als großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort in Betracht gezogen werden können. Die Auswahl potenziell geeigneter Standorte wird insbesondere durch die vorhandene Verkehrsinfrastruktur begrenzt. (siehe dazu Abschnitt II.2.1 der ergänzenden Unterlage „Ermittlung von geeigneten Standorten für die Festlegung von Großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten“ (November 2020)) Wie das Beispiel Paterdamm/Krahne anschaulich zeigt, haben politische und behördliche Entscheidungen in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt, dass die vor 30 Jahren noch vorhandene Schieneninfrastruktur von (sogenannten) Nebenstrecken fast vollständig aufgegeben wurde. Unter Berücksichtigung dieses Sachverhalts hat die Regionale Planungsgemeinschaft eingeschätzt, dass für eine Festlegung als großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort insbesondere Standorte in Betracht kommen, die an einem Kreuzungspunkt zwischen Bundesautobahnen (oder vergleichbar leistungsfähigen Straßenverkehrswegen) und Bundesstraßen gelegen sind, wenn sie sich in räumlicher Nähe zu einem Zugangspunkt des Schienenpersonenverkehrs befinden.</p> <p>Dieses Kriterium wurde bei der Bewertung der Eignung der in Betracht kommenden Standorte einheitlich angelegt.</p> <p>Im Übrigen wird auf Abschnitt II.1.1 verwiesen.</p>
--	--	---



## II.5 Belange der Versorgung mit Energie und Wasser

Nr.	Sachverhalte	Einschätzungen und Bewertungen
II.5.1	<p>Durch die Fachgruppe Wasser (VII / 70) der Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel wurde mit Stellungnahme vom 16.08.2021 die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts aus wasserhaushaltlicher Sicht abgelehnt. ([17] S. 1)</p> <p>Weiter wurde mitgeteilt: „Bei dem Standort im Zuständigkeitsbereich der Stadt Brandenburg an der Havel handelt es sich um ein Waldgebiet südlich des Paterdammer Weges. Wald ist neben seinen hervorragenden Reinigungsleistungen der Luft und des versickernden Wassers, ein ausgesprochen guter Wasserspeicher. Er ist deshalb für den Wasserhaushalt von enormer Bedeutung. Insbesondere unter den schon in Folge der Klimaveränderungen in der Stadt eingetretenen Niederschlags- und Grundwasserdefiziten kommt dem Wald als Wasserspeicher eine bedeutende Rolle zu.“ ([17] S. 1)</p> <p>Mit Stellungnahme der Stadt Brandenburg an der Havel vom 08.06.2022 wurde auf den Belang des Wasserhaushalts nicht eingegangen. Es wurde auf die vorstehend zitierte Stellungnahme vom 16.08.2021 verwiesen.</p> <p>Die zuständigen Wasserversorger Wasser- und Abwasserzweckverband Hoher Fläming und BRAWAG GmbH haben im Beteiligungsverfahren zum 1. Entwurf des Regionalplans keine Stellungnahmen abgegeben.</p> <p>Die Unterer Wasserbehörde Potsdam-Mittelmark sowie das Landesamt für Umwelt haben sich in ihren Stellungnahmen vom 09.06.2022 bzw. vom 17.06.2022 nicht zu Belangen des Wasserhaushalts geäußert.</p> <p>Nach Durchführung des öffentlichen Beteiligungsverfahrens war den für wasserwirtschaftliche Belange zuständigen Stellen bei einem Arbeitsgespräch am 10.07.2024 Gelegenheit gegeben, zur weiteren Sachverhaltsaufklärung beizutragen. Das Landesamt für Umwelt war bei dem Arbeitsgespräch nicht vertreten. Im Ergebnis wurde von den zuständigen Wasserbehörden mitgeteilt, dass keine ausreichende Kenntnis der hydrologischen Verhältnisse im betreffenden Gebiet vorhanden sei. Eine Bilanzierung sei schwierig. Mengenmäßige Aussagen könnten nicht getroffen werden. Wasservorräte könnten auch nicht für</p>	<p>Grundsätzlich ist festzustellen, dass der voraussichtliche Wasserbedarf einer gegebenenfalls am Standort später zu realisierenden gewerblich-industriellen Ansiedlung nicht konkret bekannt ist. Dieser kann je nach Art des Betriebs sehr unterschiedlich ausfallen. Von der Regionalen Planungsstelle wird angenommen, dass von einem erwartbaren Wasserbedarf von etwa 500.000 bis 700.000 Kubikmetern pro Jahr ausgegangen werden kann.</p> <p>Von den zuständigen Versorgungsunternehmen wurden keine Aussagen darüber mitgeteilt, ob eine Bereitstellung von Wasser und die Abnahme von Abwasser in einer solchen Größenordnung über die vorhandene Infrastruktur ermöglicht werden könnten. Sollte das nicht der Fall sein, kommen ein Ausbau der Infrastruktur bzw. eine Eigenversorgung in Betracht.</p> <p>Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommene Sachverhaltsaufklärung hat keine Hinweise darauf erbracht, dass eine ausreichende Versorgung mit Wasser am Standort nicht möglich ist. Eine solche Bewertung wurde auch von den zuständigen Wasserbehörden nicht mitgeteilt. Eine pauschale Ablehnung unter Hinweis auf die „Folge der Klimaveränderungen“ stellt angesichts der von der Regionalen Planungsgemeinschaft ermittelten Sachverhalte keinen ausreichend begründeten Belang dar.</p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft ihre Entscheidungen aufgrund der Abwägung von Belangen, die auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und von Bedeutung sind. Unter Würdigung der dargestellten Sachlage, wird an der Entscheidung den großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort Paterdamm/Krahne festzulegen, festgehalten. Eine genaue Sachverhaltsaufklärung kann nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsverfahren überlassen bleiben.</p>

<p>den Fall einer späteren Inanspruchnahme „reserviert“ werden.</p> <p>Von der Regionalen Planungsgemeinschaft wurden die folgenden Sachverhalte ermittelt:</p> <p>Der großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandort Paterdamm/Krahne befindet sich im Grenzbereich der Grundwasserkörper „Untere Havel 4“ und „Buckau/Plane“. Für diese Grundwasserkörper wird für den Bewirtschaftungszeitraum der EU-Wasserrahmenrichtlinie 2022 – 2027 in der Kategorie „Menge“ die Bewertung „gut“ vorgenommen.</p> <p>Nach der Wasserversorgungsplanung Brandenburg Sachlicher Teilabschnitt mengenmäßige Grundwasserbewirtschaftung (März 2022) befindet sich das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne an der Grenze zwischen den Bilanzgebieten 5829 und 5834. Für beide Bilanzgebiete wird eine Auslastung des Grundwasserdargebots von 25 bis 50 Prozent angegeben. Einschränkend ist zu berücksichtigen, dass das Bilanzgebiet 5834 das festgelegte Gütekriterium nicht erreicht hat.</p> <p>Im Umfeld des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne befinden sich die folgenden Grundwassermessstellen: Schmerzke, Schmerzker Heide, OP; Schmerzke, Schmerzker Heide, MP; Schmerzke, Schmerzker Heide, UP; Krahne Ost OP; Krahne Ost UP; Brandenburg-Görisgräben, Fl. Für den Zeitraum 1991 – 2020 werden für diese Pegel Grimm-Strele-Trends in einem Bereich von – 1 bis 1 Prozent je Jahr angegeben. Der Trend ist daher als „gleichbleibend“ zu bewerten.</p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft hat darüber hinaus Nachforschungen unternommen, um festzustellen, ob möglicherweise genauere Erkenntnisse über die hydrologischen Gegebenheiten und das Grundwasser an anderer Stelle vorliegen. Entsprechende Nachfragen beim Landesamt für Umwelt führten zu dem Ergebnis, dass hydrogeologische Karten aus den Jahren 1970 – 1973 im Archiv des Landesamts für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) verfügbar sind, aus denen sich gegebenenfalls Rückschlüsse auf die hydrologischen Verhältnisse am Standort ableiten ließen. Die Dokumente wurden beim LBGR am 07.04.2025 in Augenschein genommen. Es handelt sich um hydrogeologische Rohdaten, die im Rahmen von Vorläuferkundungen</p>	
---	--

	<p>erhoben wurden. Die Daten umfassen 4 Bände und insgesamt etwa 1000 Seiten mit Messprotokollen von Erkundungsbohrungen, geologischen Schichtungskarten und hydrogeologischer Karten im Maßstab 1:50.000. Diese bedürfen laut Aussage von Mitarbeitenden des LBGR einer Interpretation mit besonderer fachlicher Expertise. Rückschlüsse auf das Grundwasserdargebot im betreffenden Bereich könnten daraus nicht unmittelbar abgeleitet werden. Gleiches gelte für aktuellere hydrologische Karten (HYK50), die das LGBR zur Verfügung stellt.</p> <p>Von einer Verwendung und Interpretation der beim LGBR vorgefundenen Daten wird daher abgesehen.</p>	
II.5.2	<p>Mit Stellungnahme der Fachgruppe Wasser (VII / 70) der Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel mit Stellungnahme vom 16.08.2021 wurde zur Erschließung des Standorts Paterdamm/Krahne Folgendes mitgeteilt:</p> <p>„Die Trinkwasserversorgung könnte durch eine nördlich des Gebietes verlaufende Trinkwasserversorgungsleitung (DN 400 GGG) im Paterdammer Weg - zwischen Göttin und Paterdamm sichergestellt werden.</p> <p>Parallel dazu verläuft eine Abwasserdruckleitung (DN 400 GGG), über die das Gebiet entsorgt werden könnte. Demnach könnte die Abwasserentsorgung sichergestellt werden.</p> <p>Aus den übermittelten Unterlagen können keinerlei Rückschlüsse auf die zu erwartenden Verbräuche gezogen werden, daher erfolgt die Zusage vorbehaltlich der hydraulischen Netzkapazitäten des Trink- und Abwassernetzes. ([17] S. 1)</p> <p>Teile des Gebietes befinden sich im Landkreis Potsdam-Mittelmark und damit nicht in der Ver- und Entsorgungsverantwortung der BRAWAG GmbH. Unter der Voraussetzung, dass die Übertragung der Ver- und Entsorgungspflichten auf die BRAWAG GmbH vertraglich geklärt wird, könnte die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung grundsätzlich gewährleistet werden.“ ([17] S. 2)</p>	<p>Die mitgeteilten Sachverhalte werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft in der Weise bewertet, dass die Wasserver- und entsorgung am Standort Paterdamm/Krahne grundsätzlich gewährleistet werden kann.</p> <p>Es wird im Übrigen auf Abschnitt II.5.1 verwiesen.</p>

## II.6 Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Nr.	Sachverhalt	Einschätzungen und Bewertungen
II.6.1	<p>Wasserschutz:</p> <p>Mitteilung der Fachgruppe Wasser der Stadt Brandenburg an der Havel vom 16.08.2021:</p>	<p>Die Annahme, die Inanspruchnahme von Waldflächen südlich des Fichten- und des Galgenbergs durch die Festlegung des</p>

<p>„Aufgrund der geografischen Lage des Waldgebietes ist davon auszugehen, dass das Waldgebiet auch das nördlich gelegene Naturschutzgebiet Roßdunk und das Mooregebiet Breites Bruch speist. Das Gebiet des Breiten Bruchs soll u. a. ein Projektgebiet des Landes Brandenburg im Rahmen des Moorschutzprogrammes (die vorbereitenden Arbeiten laufen schon) zur Wiedervernässung von Mooren werden. Die Abholzung des Waldes im Falle des Zugriffs auf den Vorsorgestandort ist kontraproduktiv für das Projekt der Wiedervernässung des Landes und der Stadt.“ ([17] S. 1)</p> <p>Mit Stellungnahme vom 08.06.2022 hält die Fachgruppe Wasser an dieser Mitteilung fest. Von der Regionalen Planungsgemeinschaft ermittelte Sachverhalte:</p> <p>Das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne befindet sich auf einer überwiegend mit Nadelbäumen bewaldeten Fläche, die geomorphologisch den Grundmoränen mit Anteilen von Aufschüttungssedimenten zugerechnet wird. Dieser Bereich erhebt sich etwa 40 Meter über den nördlich angrenzenden Niederungsbereich der ehemaligen Urstromtäler.</p> <p>Das Naturschutzgebiet und FFH-Gebiet Bruchwald Roßdunk befindet sich etwa 700 Meter von der nördlichen Grenze des Vorranggebiets Paterdamm/Krahne entfernt und liegt am südlichen Rand des Polders Breites Bruch. Die Wasserhaltung im Polder Breites Bruch wird durch Gräben, Wehre sowie durch das Schöpfwerk Hoher Steg reguliert. Die Polderflächen werden landwirtschaftlich als Mähweide genutzt.</p> <p>Für das Moorschutzprojekt Polder Breites Bruch kann der Verfahrensstand bis Mitte 2022 nachvollzogen werden. Folgende Aktivitäten sind mitgeteilt worden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– regelmäßiges Ablesen der Pegelstände</li> <li>– regelmäßige Gebietsbefahrung</li> <li>– Planung von Stauversuchen</li> <li>– Erstellung hydrologischer Modelle</li> <li>– Brutvogelkartierung</li> <li>– individuelle Gespräche mit Eigentümern</li> <li>– vertiefende Gespräche mit Nutzern</li> </ul> <p>Die Projektplanung sah den „Start erster Genehmigungsverfahren“ für den Zeitraum „voraussichtlich ab 2023/2024“ vor.</p>	<p>großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne habe Einfluss auf den Flurabstand im nördlich gelegenen Niederungsgebiet, ist nicht ausreichend begründet und kann insbesondere nicht allein aus der Topografie abgeleitet werden.</p> <p>Nach Aussage der zuständigen unteren Wasserbehörden im Arbeitsgespräch vom 10. Juli 2024 sind die hydrologischen Verhältnisse in dem betroffenen Gebiet unzureichend aufgeklärt. Die mit Schreiben vom 16.08.2021 mitgeteilten Bewertungen können daher nicht auf fachlich ermittelten Sachverhalten beruhen und stellen somit Annahmen oder allgemeine Besorgnisse dar, die nicht als ausreichend begründeter Belang bewertet werden können. Die Regionale Planungsgemeinschaft stellt dazu Folgendes fest:</p> <p>Bei den benannten Gebieten Roßdunk und Breites Bruch handelt es sich um hoch grundwasserbeeinflusste Niederungsbereiche (die unterhalb des Mittelpegels der Havel gelegen sind), während sich der im Vorranggebiet gelegene Wald etwa 40 Meter über dem Niederungsgebiet befindet und von Grund- oder Stauwasser nicht beeinflusst ist.</p> <p>Für eine hydrologische Verbindung zwischen diesen Bereichen gibt es keine konkreten Anhaltspunkte. Gegen die Annahme eines überirdischen oder oberflächennahen Abflusses vom höhergelegenen Nadelwaldgebiet in die angrenzenden, etwa 1 Kilometer entfernten Niederungsbereiche spricht bereits die hohe Wasseraufnahmekapazität des Waldes. Für eine Beeinflussung der Wasserhaltung in den Niederungsbereichen über eine Zuführung zum Grundwasser von den höhergelegenen Nadelwaldgebieten gibt es gleichfalls keine konkreten Anhaltspunkte. Grundsätzlich ist festzustellen, dass Nadelwälder aufgrund der hohen Verdunstung potenziell einen vergleichsweise geringen Beitrag zur Zuführung zum Grundwasser leisten.</p> <p>Für dem unvollständig bekannten Stand des Moorschutzprojekts Breites Bruch ist festzustellen, dass die erwünschte Anhebung des Wasserstandes über Veränderung der Stauanlagen, den Einbau von Sohlschwellen und die Reduzierung der Schöpfwerksleistung (Schöpfwerk Hoher Steg) erreicht werden soll. Eine Beeinflussung durch die Erhöhung des Zuflusses aus angrenzenden</p>
--	--

	<p>Ergebnisse einer möglicherweise inzwischen vorgenommenen hydrologischen Modellierung sind nicht veröffentlicht und werden auch vom Fachbereich Wasser der Stadt Brandenburg an der Havel nicht mitgeteilt.</p>	<p>höhergelegenen Gebieten ist nicht Bestandteil des Projektes.</p> <p>Zudem ist festzustellen, dass eine teilweise Versiegelung von Flächen im Vorranggebiet nicht zum Verlust von Niederschlagswasser führt, da das auf die versiegelte Fläche auftreffende Niederschlagswasser aufgefangen und kontrolliert abgegeben werden kann.</p> <p>Zum FFH-Gebiet Bruchwald Roßdunk wird weiter auf Abschnitt II.6.18 verwiesen.</p>
II.6.2	<p><b>Bodenschutz:</b></p> <p>Mitteilung der unteren Bodenschutzbehörde Brandenburg an der Havel:</p> <p>„Der Bereich der im Altlastenkataster registrierten Verdachtsfläche Altablagerung Ortsteil Paterdamm (Reg.-Nr. 0301510280) ist in der Gebietsgrenze nördlich der BAB 2 ausgespart. Die Historische Recherche (Bericht von 2001) bewertet, dass aufgrund des Schadstoffverdachts für die vermuteten Ablagerungen eine Gefahr für das Grundwasser nicht ausgeschlossen werden kann. Die Grundwasserfließrichtung wird nördlich bis nordöstlich vermutet. Darüberhinausgehende Kenntnisse liegen nicht vor. Es besteht zudem der Verdacht der Ablagerung von Munition bzw. Munitionsresten. Neben der im Altlastenkataster erfassten Altablagerungsverdachtsfläche sind südlich gelegen, zwei weitere Abbaugruben aufgeführt. Diese stellen ebenso Bereiche dar, die in früheren Zeiträumen zur Ablagerung von Abfällen genutzt worden sein könnten.“ ([18] S. 1)</p> <p>Im Beteiligungsverfahren zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 wurden keine Hinweise zum Bodenschutz mitgeteilt.</p>	<p>Die benannten Verdachtsflächen und Abbaugruben befinden sich außerhalb des Vorranggebiets.</p>
II.6.3	<p>Mit Stellungnahme vom 19.08.2021 wurde mitgeteilt, dass vonseiten der Unteren Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel erhebliche Bedenken gegen die Ausweisung der Fläche als gewerblich-industrieller Vorsorgestandort bestehen. ([18] S. 2).</p> <p>Die mit Stellungnahme vom 08.06.2022 von der Unteren Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel ergänzend mitgeteilten Sachverhalte und Bewertungen sind in den Abschnitten II.6.5 und II.6.18 dargestellt.</p> <p>Die mit Stellungnahme vom 17.06.2022 des Landesamts für Umwelt mitgeteilten Sachverhalte und Bewertungen sind gleichfalls in den Abschnitten II.6.5 und II.6.18 dargestellt.</p>	<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft folgende Feststellungen und Bewertungen:</p> <p>Die Verwirklichung einer gewerblich-industriellen Ansiedlung ist stets mit nachteiligen Auswirkungen auf Natur- und Landschaft verbunden.</p> <p>Aufgrund der mitgeteilten und ermittelten Sachverhalte kann nicht festgestellt werden, dass die voraussichtlich bewirkten Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft eine Erheblichkeit erreichen, denen im Verhältnis zu anderen Belangen und übergeordneten Planungszielen (siehe II.1) ein solches Gewicht zukommt, dass die Festlegung des</p>

	<p>Die untere Naturschutzbehörde Potsdam Mittelmark hat mit Stellungnahme vom 09.06.2022 keine Anregungen, Hinweise oder Bedenken zur Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne mitgeteilt.</p>	<p>Vorranggebiets Paterdamm/Krahne nicht ausreichend gerechtfertigt ist.</p> <p>Zur Begründung wird auf die nachfolgenden Abschnitte verwiesen.</p> <p>Die festgestellten Auswirkungen auf den Zustand von Natur und Landschaft können in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren ausreichend berücksichtigt und durch geeignete Maßnahmen gemindert bzw. ausgeglichen werden.</p> <p>Das Vorranggebiet befindet sich außerhalb von Landschaftsschutz-, Naturschutz- und Natura-2000-Gebieten.</p>
II.6.4	<p>Geomorphologie:</p> <p>Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel vom 19.08.2021:</p> <p>Das Gebiet schließt zwei Berge ein, den Fichtenberg mit 59,4 m und den Galgenberg mit 71,7 m. Dies sind gegenüber den Höhen in den Ortskernen Götting 32,5 m und Paterdamm 33,7m schon erhebliche Höhenunterschiede. Es stellt sich die Frage, ob ein solch für Brandenburger Verhältnisse topographisch bewegtes Gelände für eine Industrieansiedlung geeignet ist. Für die Ansiedlung wäre zu erwarten, dass erhebliche Einebnungen, Veränderungen der Topografie erforderlich würden. ([18] S. 2)</p> <p>Sachverhaltsermittlungen der Regionalen Planungsgemeinschaft:</p> <p>Der Fichtenberg befindet sich nicht im Vorranggebiet.</p> <p>Das Vorranggebiet befindet sich auf einer Höhe von 60 bis 80 Meter ü. NN. Höher gelegene Flächen (über 70 Meter ü. NN) befinden sich vor allem im Bereich der Autobahn. Das Höhenniveau fällt von dort nach Norden und Süden sowie Osten und Westen in unterschiedlichen Maßen ab. Im südlichen Teilgebiet befindet sich eine weitere höher gelegene Fläche (70 bis 80 m ü. NN).</p> <p>Die Höhenunterschiede innerhalb des Gebiets weisen eine Neigung von maximal 1,5 Grad auf.</p>	<p>Die Auswirkungen der innerhalb des Vorranggebiets bestehenden Höhenunterschiede können ohne Kenntnis der beabsichtigten Bebauung nicht genauer bewertet werden.</p> <p>Grundsätzlich ist einzuschätzen, dass insbesondere für den Fall, dass sehr große Baukörper errichtet werden sollen, eine Einebnung des Geländes in größerem Umfang erforderlich wäre. Dieser Sachverhalt ist allgemein als nachteilig zu bewerten.</p> <p>Baukörper bis etwa 250 Meter Länge lassen sich voraussichtlich in dem Gelände anordnen, ohne größere Niveauunterschiede ausgleichen zu müssen.</p> <p>Die Unterschiede im Geländeniveau können erkennbar ausreichend in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden.</p>
II.6.5	<p>Artenschutz:</p> <p>Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel vom 19.08.2021:</p> <p>„Im Plangebiet ist nach aktueller Datenlage der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Brandenburg an der Havel ein Großvogel-</p>	<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft die Entscheidung, das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne im nordwestlichen Bereich um etwa einen Kilometer bzw. 100 Hektar zu verkleinern, um der voraussichtlichen Betroffenheit artenschutzrechtlicher Belange in Bezug auf die dort festgestellte Fortpflanzungsstätte</p>

<p>Horststandort gemäß § 19 Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz vorhanden. Die Datenlage ist allerdings dürftig. Das große ungestörte Waldgebiet lässt weitere Arten erwarten. Für das Gebiet liegen bisher keine Kartierungen vor. Ornithologen oder der ehemalige Revierförster verfügen möglicherweise über weitere Daten.“ ([18] S. 2)</p> <p>Mit Stellungnahme vom 08.06.2022 teilt die Untere Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel mit, dass der betreffende Horststandort durch Naturschutzhelfer „auch in 2022“ bestätigt worden sei. Weiter verweist die Behörde auf den nachwirkenden Niststättenschutz gemäß Niststättenerlass.</p> <p>Der benannte Horststandort wird auch mit Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt vom 17.06.2022 mitgeteilt.</p> <p>Im Arbeitsgespräch am 10.07.2024 wurde von den anwesenden Vertreterinnen der unteren Naturschutzbehörden eingeschätzt, dass der benannte Horststandort voraussichtlich längerfristig für die Reproduktion der betreffenden Art von Bedeutung ist.</p> <p>Weiterhin wurden von der Unteren Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel mit Stellungnahme vom 08.06.2022 folgende Hinweise mitgeteilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Südlich der Autobahn seien „mehrere Horste verschiedener Großvogelarten im Bereich des geplanten Gebietes“. Mit der „Beeinträchtigung mehrerer Horststandorte“ sei zu rechnen. Auf der Grundlage der „derzeitigen Datenlage“ sei davon auszugehen, dass eine Errichtung eines Industriebetriebes im geplanten großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandort artenschutzrechtliche Verbotstatbestände hinsichtlich der Großvögel auslösen könne.</li> <li>– Das südliche Vorranggebiet überschneide sich mit der Flugbahn der Großtrappe, welche im Landschaftsrahmenplan des Landkreises Potsdam-Mittelmark dargestellt sei. Auch andere Vogelarten würden laut Auskunft der Vogelschutzwarte und des Landkreises Potsdam-Mittelmark diese Flugroute nutzen. Unter Beachtung der im weiteren Umfeld befindlichen Windkraftanlagen und der Solarparks sei zu erwarten, dass ggf. eine Beeinträchtigung</li> </ul>	<p>einer geschützten Großvogelart vorsorgend entgegenzuwirken. Bei dieser Entscheidung berücksichtigt die Regionale Planungsgemeinschaft auch die Einschätzungen der unteren Naturschutzbehörden vom 10.07.2024, die Seltenheit der betreffenden Art sowie den Sachverhalt, dass eine lückenlose Ermittlung der Besetzung von Fortpflanzungsstätten mit Schwierigkeiten verbunden ist.</p> <p>Nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft ist der auf diese Weise hergestellte Abstand zwischen der westlichen Grenze des Vorranggebiets und dem (ungefähren) Horststandort nach Maßstab des § 19 Absatz 1 des Brandenburgischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz – BbgNatSchAG) im Sinne der Vorsorge angemessen und ausreichend.</p> <p>Die Mitteilungen in Bezug auf Horststandorte und mögliche Vogelzugrouten (Stand des Landschaftsrahmenplans Potsdam-Mittelmark 2006) südlich der Autobahn sind nicht ausreichend konkret und nachvollziehbar.</p> <p>Bei der Gewichtung der mitgeteilten Belange ist die langfristige Wirkung der raumordnerischen Standortsicherung zu berücksichtigen. Grundsätzlich muss im Vorranggebiet und dessen Umfeld mit einem sich fortlaufend ändernden Vorkommen wildlebender ggf. geschützter Arten gerechnet werden. Die Regionale Planungsgemeinschaft berücksichtigt bei ihren Entscheidungen Belange, die auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und von Bedeutung sind. Eine genauere Sachverhaltsaufklärung kann nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren überlassen bleiben, in denen auch Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen festgelegt werden können.</p>
--	---

	<p>dieser Flugroute (durch Spiegeleffekte, Beleuchtung, thermische Veränderungen) gegeben sein könnte.</p> <p>Sachverhaltsermittlung der Regionalen Planungsgemeinschaft:</p> <p>Nach der 4. Änderung der Übersicht: "Angaben zum Schutz der Fortpflanzungs- und Ruhestätten der in Brandenburg heimischen Vogelarten" (Anlage zum sogenannten „Niststättenenerlass“) vom 02.10.2018 erlischt der Schutz der Fortpflanzungsstätte der benannten Art nördlich der Autobahn fünf Jahre nach Aufgabe des Reviers. Die Schutzfrist beginnt im letzten Jahr, in dem das Revier nicht mehr mit mindestens einem Tier besetzt war. Der Schutz entfällt, wenn feststeht, dass das Revier auch im 5. Jahr hintereinander nicht mehr besetzt war.</p> <p>Aufgrund der Mitteilung, dass der betreffende Horststandort „auch in 2022“ besetzt war, endet der Horstschutz nach Maßgabe dieser Vorschriften frühestens mit Ablauf des Jahres 2027.</p> <p>Nach den Daten, die der Regionalen Planungsgemeinschaft vom Landesamt für Umwelt am 31.01.2023 zur Verfügung gestellt worden sind, sind Horste von Großvögeln südlich der Autobahn nur in der Planeniederung außerhalb des Vorranggebiets bekannt. Diese Standorte befinden sich alle in einer Entfernung von mehr als 1.500 Meter zum (verkleinerten) Vorranggebiet.</p> <p>Von anderen Behörden oder Stellen wurden keine Hinweise auf das Vorkommen geschützter Arten oder europäischer Vogelarten in dem benannten Bereich mitgeteilt.</p>	
II.6.6	<p>Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel von 19.08.2021:</p> <p>Angrenzend im Naturschutz- und FFH-Gebiet Roßdunk befinden sich mehrere Kranichbrutplätze, deren Horstschutz zonen sich mit dem Plangebiet überschneiden. ([18] S. 2)</p>	<p>Zwischen der nördlichen Grenze des Vorranggebiets und dem FFH-Gebiet besteht ein Abstand von ca. 700 Metern. Erhebliche Beeinträchtigungen der Kranichbrutplätze sind daher nicht zu erwarten.</p>
II.6.7	<p>Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel von 19.08.2021:</p> <p>Weiter gibt es Nachweise zu Zauneidechsen und Amphibienvorkommen, hier wird auf die Daten des Landesamtes für Umwelt (LfU) verwiesen. ([18] S. 2)</p>	<p>Die benannten Daten sind der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht bekannt. Vom Landesamt für Umwelt wurden die benannten Sachverhalte nicht mitgeteilt. Eine genauere Sachverhaltsaufklärung kann nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren überlassen bleiben, in denen auch Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen festgelegt werden können.</p>



II.6.8	<p>Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel vom 19.08.2021:</p> <p>Im Gebiet befinden sich nach Angaben des Eingriffs- und Kompensationsflächeninformationssystem (EKIS) [28] des Landesamtes für Umwelt verschiedene Ausgleichsflächen. Weitere Kompensationsmaßnahmen sind bei der unteren Naturschutzbehörde registriert. Die Differenzen zwischen den beiden Katastern müssen abgeglichen werden. Beide Kataster haben nicht alle Kompensationsmaßnahmen erfasst und sind nicht vollständig aktualisiert. ([18] S. 3)</p>	<p>Nach den Daten des EKIS befinden sich Kompensationsflächen u. a. zwischen den Fahrbahnen der Autobahnausfahrt. Diese müssen nicht für die Verwirklichung einer gewerblichen Ansiedlung in Anspruch genommen werden.</p> <p>Mit Ausnahme einer wenige Meter breiten Maßnahmenfläche unmittelbar entlang der nördlichen Fahrbahn der A 2 ist auch für die bei der unteren Naturschutzbehörde registrierten Flächen eine Lage außerhalb des Vorranggebiets festzustellen. Die fahrbahnbegleitende Ausgleichsfläche muss für eine gewerbliche Ansiedlung nicht in Anspruch genommen werden.</p>
II.6.9	<p>Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel vom 19.08.2021:</p> <p>Im Landschaftsplan der Stadt Brandenburg an der Havel (1995) sind neben den Flächen für ordnungsgemäße forstwirtschaftliche Bodennutzung nach § 4 Landeswaldgesetz, nachfolgende Flächen in der Entwicklungskarte dargestellt. ([18] S. 4)</p>	<p>Der Landschaftsplan stellt die Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar, die im Rahmen der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind.</p> <p>Die Verwirklichung einer gewerblich-industriellen Ansiedlung ist stets mit nachteiligen Auswirkungen auf den Zustand von Natur und Landschaft verbunden, die soweit möglich auszugleichen bzw. zu kompensieren sind.</p> <p>Aufgrund der nachfolgenden Einschätzungen und Bewertungen kann festgestellt werden, dass keine Konflikte mit den Darstellungen des Landschaftsplans bestehen, die nicht in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren gelöst werden können.</p>
II.6.10	- Naturnahe Waldflächen (Laub-, Misch-, Feuchtwald)	Nach der Biotoptypenkartierung CIR 2009 [22] befinden sich im Gebiet keine naturnahen Wälder.
II.6.11	- Laub- und Laubmischwaldforste (Ziel: Erhalt standortgerechter, naturnaher Artenzusammensetzung bzw. von standortgerechten, einheimischen Nebenbaumarten in Kiefernforsten)	Zur Inanspruchnahme von Waldflächen siehe Abschnitte II.3 sowie III.
II.6.12	- Fläche die einen gefährdeten Biototyp enthalten	Nach den Daten der vom Landesamt für Umwelt herausgegebenen Biotop- und FFH-Lebensraumtypen-Kartierung befinden sich im Gebiet keine geschützten Biotope. [26]
II.6.13	- Flächen für die Landwirtschaft (Ziel: Extensivierung von Acker oder Intensivgrünland, vor allem aus Gründen des Trinkwasserschutzes, Anreicherung mit Hecken und Feldgehölzen (ca. 2 – 5 %))	Zur Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen siehe Abschnitt II.3.8.
II.6.14	Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel vom 19.08.2021:	Nach dem Kapitel 3.7 des Landschaftsprogramms des Landes Brandenburg (Vorentwurf 2016) gehört das Gebiet nicht zu den

	Das Gutachten Biotopverbund der Stadt Brandenburg an der Havel (Umland, November 2008) weist in diesem Waldbereich einen vordringlichen Bedarf an Grünbrücken und Wilddurchlässen (über die Autobahn) aus. ([18] S. 4)	Kern- oder Verbindungsflächen des Lebensraums der Arten naturnaher Wälder. Eine Querungshilfe (Grünbrücke) über die A 2 ist nicht vorgesehen, sondern ca. 14 km weiter östlich im Bereich des Autobahndreiecks Werder mit der Dringlichkeit „weiterer Bedarf“ dargestellt.  Im Flächennutzungsplan der Stadt Brandenburg an der Havel wird eine Querungshilfe nicht vorgesehen.
II.6.15	Mitteilung der Unteren Naturschutzbehörde Brandenburg an der Havel von 19.08.2021: Das Plangebiet überschneidet sich mit oder liegt im Wirkungsbereich der folgenden Flächen des Landschaftsprogramms.	Durch das Landschaftsprogramm Brandenburg werden die überörtlichen konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Land Brandenburg dargestellt. (§ 10 BNatSchG i. V. m. § 4 BbgNatSchAG) Die konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen in der Abwägung nach § 7 Absatz 2 des Raumordnungsgesetzes zu berücksichtigen (§ 10 Absatz 3 BNatSchG). Es werden die nachfolgenden Einschätzungen, Bewertungen und Schlussfolgerungen vorgenommen.
II.6.16	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausgangsflächen der Netzwerke Wald und geschützte Waldbiotop (§ 18 BbgNatSchGAG i.V.m. § 30 BNatSchG)</li> <li>- Verbundsystem Klein- und Stillgewässer</li> <li>- Räume enger Kohärenz der FFH-Gebiete ([18] S. 4)</li> </ul>	Die Abgrenzung des Vorranggebiets wurde so vorgenommen, dass diese Darstellungen des Landschaftsprogramms nicht betroffen sind.
II.6.17	Das Vorranggebiet überschneidet sich nach der Karte 3.6 des Landschaftsprogramms im Norden (ca. 80 ha) mit einem Landschaftsraum, in dem der Erhalt der besonderen Erlebniswirksamkeit der Landschaft zu berücksichtigen ist.	Die Darstellung in der Karte 3.6 des Landschaftsprogramms betrifft einen ca. 350 km <sup>2</sup> großen Landschaftsraum zwischen dem Beetzsee im Westen, der Nauener Platte im Norden sowie den Autobahnen A 10 und A 2 im Osten und Süden. Der vergleichsweise geringe Überschneidungsbereich mit dem Gebiet des Vorsorgestandorts befindet sich im südwestlichen Randbereich und beträgt im 2. Entwurf des Vorranggebietes nunmehr noch ca. 10 Hektar.  Das Umfeld des Vorsorgestandorts hat erkennbar keine Bedeutung für die Naherholung oder den Tourismus. Das Landschaftsbild zeichnet sich nicht durch eine besondere Erlebniswirksamkeit aus und ist bereits durch die Autobahn, andere gewerbliche Nutzungen, eine großflächige Solaranlage, Freileitungen sowie Windenergieanlagen beeinträchtigt.

II.6.18	<p><b>Naturschutzgebiete und Natura-2000:</b></p> <p>Sachverhaltsermittlungen der Regionalen Planungsgemeinschaft:</p> <p>Nördlich des Vorranggebiets befindet sich in etwa 700 Meter Entfernung das FFH-Gebiet DE 3641-303 „Bruchwald Roßdunk“. Das Gebiet ist zugleich Naturschutzgebiet.</p> <p>Im Standarddatenbogen des FFH-Gebiets „Bruchwald Roßdunk“ mit Stand August 2007 ist als Lebensraumtyp nach Anlage I der Lebensraumtyp 6140 Pfeifengraswiesen auf kalkreichem Boden, torfigen und tonig-schluffigen Böden mit einem Flächenumfang von 1,3 Hektar angegeben.</p> <p>Arten gemäß Artikel 4 der Richtlinie 2009/147/EG und Anhang II der Richtlinie 92/43/EWG sind nicht benannt.</p> <p>Für das Gebiet wurde ein Managementplan erstellt (Stand Mai 2019). [5] In der Karte 2 werden folgende Befunde der FFH-Lebensraumtypen dokumentiert:</p> <p>3150 Natürliche eutrophe Seen mit einer Vegetation des Magnopotamions oder Hydrocharitions (Bewertung: Entwicklungsflächen)</p> <p>9160 Subatlantischer oder mitteleuropäischer Stieleichenwald oder Hainbuchenwald (<i>Carpinion betuli</i>) [<i>Stellario-Carpinetum</i>] (Bewertung: guter Erhaltungszustand)</p> <p>6410 Pfeifengraswiesen auf kalkreichem Boden, torfigen und tonig-schluffigen Böden (<i>Molinioncaeruleae</i>) (Bewertung: Entwicklungsflächen, mittlerer bis schlechter Erhaltungszustand)</p> <p>Für den Lebensraumtyp 6140 wird ein flächenhafter Rückgang im Vergleich zum Stand 2007 von 1,3 auf 0,1 Hektar angegeben. ([5] Seite 35)</p> <p>Es wird festgestellt, dass die größten Beeinträchtigungen des Lebensraumtyps 6140 aus dem gestörten Wasserhaushalt mit zu niedrigen Wasserständen und dem großen Deckungsgrad hochwüchsiger Brachezeiger resultieren. ([5] Seite 34)</p> <p>Als wichtigste Erhaltungsmaßnahme wird die Entwicklung und Sicherung des Wasserhaushaltes benannt. Der Bruchwald Roßdunk entwässere aktuell primär über den Bruchgraben in nördliche Richtung. Eine signifikante Wasseranhebung ließe sich voraussichtlich über</p>	<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft stellt in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Umweltprüfung fest, dass erhebliche Beeinträchtigungen des FFH-Gebiets Bruchwald Roßdunk durch die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne nicht zu erwarten sind. Eine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung ist auf der Ebene der Regionalplanung nicht erforderlich.</p> <p>Zu der möglichen Annahme, eine Beeinträchtigung des FFH-Gebiets Bruchwald Roßdunk könne dadurch gegeben sein, dass die benannten geschützten Lebensräume von einer nachteiligen Veränderung des Wasserhaushalts betroffen sein könnten, wird Folgendes festgestellt:</p> <p>Das FFH-Gebiet Bruchwald Roßdunk ist Bestandteil eines hoch grundwasserbeeinflussten Niederungsbereichs. Das Gebiet befindet sich überwiegend auf einer Höhe unterhalb des Mittelpegels der Havel und etwa ein bis zwei Meter über den nördlich angrenzenden Polderflächen. Hingegen handelt es sich bei dem 700 m vom FFH-Gebiet entfernt befindlichen Vorranggebiet, um eine etwa 40 Meter über dem Niederungsgebiet gelegene Waldfläche, die nicht von Grund- oder Stauwasser beeinflusst ist. Zwischen dem FFH-Gebiet und dem Vorranggebiet befindet sich die Erhebung des 60 m hohen Fichtenbergs.</p> <p>Für eine hydrologische Verbindung zwischen dem FFH-Gebiet und dem Vorranggebiet Paterdamm/Krahne gibt es keine konkreten Anhaltspunkte. Gegen die Annahme eines überirdischen oder oberflächennahen Abflusses vom höhergelegenen Nadelwaldgebiet in den nördlich gelegenen Niederungsbereich spricht bereits die hohe Wasseraufnahmekapazität des Waldes. Für eine mögliche Beeinflussung der Wasserhaltung im Niederungsbereich über eine Veränderung der Zuführung zum Grundwasser von den höhergelegenen Nadelwaldgebieten gibt es gleichfalls keine konkreten Anhaltspunkte. Grundsätzlich ist festzustellen, dass Nadelwälder aufgrund der hohen Verdunstung potenziell einen geringen Beitrag zur Zuführung zum Grundwasser leisten.</p> <p>Die allgemeine Annahme, eine Inanspruchnahme des Waldes im Vorranggebiet Paterdamm/Krahne hätte einen Einfluss auf die Zuführung zum Grundwasser, welche sich auf</p>
---------	---	--

	<p>die Neuanlage einer zusätzlichen Stauanlage (hohe Sohlgleite) im nordwestlichen Bereich des FFH-Gebietes erreichen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme und deren Auswirkungen auf die das Schutzgebiet umgebenden landwirtschaftlich genutzten Flächen müssten durch ein hydrologisches Gutachten ermittelt werden. ([5] Seite 34)</p> <p>Im Rahmen der Umweltprüfung zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 wurde festgestellt, dass erhebliche Beeinträchtigungen des FFH-Gebiets Bruchwald Roßdunk durch die Festlegung des großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorts Paterdamm/Krahne nicht zu erwarten sind. (Umweltbericht Anhang C1, Seite 4)</p> <p>Stellungnahmen der Fachbehörden:</p> <p>Mit Stellungnahme vom 08.06.2022 teilt die Untere Naturschutzbehörde der Stadt Brandenburg an der Havel die Einschätzung mit, dass „eine Verträglichkeitsprüfung (VP) des Vorhabens mit den Erhaltungszielen und den für den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen des FFH-Gebiets Roßdunk grundsätzlich erforderlich“ sei. Weiter wird mitgeteilt: „Dabei wäre ggf. die Summationswirkung durch die Bebauung des Industrie- und des Gewerbegebiets Schmerzke, den Ausbau der B 102 sowie die hier geplante großflächige Abholzung des Waldes auf das FFH-Gebiet Rosdunk zu berücksichtigen. Eine Abholzung von Wald in dieser Größenordnung zuzüglich einer großflächigen Versiegelung hat hinsichtlich der Auswirkungen auf Klima und Grundwasserneubildungsrate negative Aspekte. Auch dies wäre in der VP für das FFH-Gebiet Rosdunk, welches überwiegend Erlbruchwald ist, zu betrachten.“ (Seite 4)</p> <p>In der Stellungnahme vom 17.06.2022 des Landesamts für Umwelt wird die Einschätzung mitgeteilt, dass „Beeinträchtigungen des angrenzenden FFH-Gebietes „Bruchwald Rosdunk“ nicht von vornherein offensichtlich ausgeschlossen werden, sodass es einer Verträglichkeitsprüfung bedarf.“ (Formblatt Naturschutz, Seite 7)</p>	<p>die Wasserhaltung im FFH-Gebiet Bruchwald Roßdunk auswirken könnte, ist nicht ausreichend begründet. Das Gebiet Bruchwald Roßdunk entwässert nach Norden in die tiefergelegenen Polderbereiche.</p> <p>Dem Managementplan für das FFH-Gebiet Bruchwald Roßdunk aus dem Jahr 2019 kann entnommen werden, dass für die Wasserhaltung des FFH-Gebietes insbesondere die Entwässerung über den Bruchgraben maßgeblich ist. Auf eine Beeinflussung des Wasserstands durch Zufluss aus den angrenzenden höhergelegenen Waldgebieten finden sich keine Hinweise.</p> <p>Es wird daher festgestellt, dass für eine mögliche Beeinträchtigung des FFH-Gebiets Bruchwald Roßdunk keine Anhaltspunkte gefunden werden können. Solche werden auch durch die Einwender nicht konkret mitgeteilt.</p> <p>Da Auswirkungen der Festlegung des Vorranggebiets Paterdamm/Krahne auf das FFH-Gebiet nicht festzustellen sind, ist auch die Betrachtung von Summationswirkungen nicht erforderlich.</p>
II.6.19	<p>Das Vorranggebiet überschneidet sich nach den vom Landesamt für Umwelt 2008 herausgegebenen Geodaten im Osten mit dem oberirdischen Einzugsgebiet (OEZG) des sensiblen Moores Dunkelsee, das sich ca. 1,3 km</p>	<p>Der Überschneidungsbereich betrifft eine ca. 40 ha große Waldfläche, die teilweise zwischen den Fahrbahnen des westlichen Teils der Autobahnanschlussstelle gelegen ist. Es handelt sich um Nadelholzforst mit der Hauptbaumart Kiefer, teilweise in Durchmischung</p>

	<p>östlich von der Außengrenze des Vorranggebiets befindet.</p> <p>Oberirdische Einzugsgebiete kennzeichnen Flächen, von denen einem Moor der Oberflächen- und Zwischenzufluss zuströmt. In die Einzugsgebiete werden alle an das Moor grenzenden Geländeflächen, die dem Moor zugeneigt sind, einbezogen. Die Einzugsgebiete wurden anhand der Auswertung digitaler topographischer Karten sowie von Biotop- und Gewässerinformationen abgegrenzt. Die Datengrundlagen stammen überwiegend aus den Jahren 2003 bis 2007. ([4] S. 1)</p> <p>In den oberirdischen Einzugsgebieten sollen Maßnahmen des Moorschutzes wie Renaturierung, Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts oder Waldumbau besonders berücksichtigt werden. ([4] S. 10) Die kartierten Einzugsgebiete erfüllen damit eine Hinweisfunktion, bilden die für den Moorschutz relevanten hydrologischen Verhältnisse jedoch nicht vollständig ab.</p>	<p>mit Laubbaumarten (Biotoptypenkartierung CIR 2009). [22] Die Fläche befindet sich auf einer Geländehöhe zwischen 60 und 80 Metern ü. NN. Der Überschneidungsbereich umfasst etwas weniger als 2 Prozent der Fläche des Einzugsbereichs.</p> <p>Beim Dunkelsee handelt es sich um Reste einer Braunmoosmoorvegetation (aktueller Moortyp). [4] Der ökologische Moortyp wird als Kalk-Zwischenmoor angegeben [4], was darauf hinweist, dass das Moor ursprünglich durch kalkhaltiges Mineralbodenwasser gespeist wurde und der Moorzustand stark vom Bodenwasser abhängig ist. Aufgrund der das Moor umgebenden grundwasserbeeinflussten Böden und der geringen jährlichen Niederschlagsmengen kann davon ausgegangen werden, dass durch oberirdischen Zufluss nur wenig oder gar nicht zum Moorerhalt beigetragen wird. Zwischen dem gewerblichen Vorsorgestandort und dem Dunkelsee befinden sich Ackerflächen und Wiesen sowie ein ca. 80 ha großer Kiefernforst.</p> <p>Diese Befunde geben keinen Anlass für die Feststellung, dass eine teilweise bauliche Inanspruchnahme der ermittelten Überschneidungsfläche zwischen der gewerblichen Vorrangfläche mit dem kartierten Einzugsgebiet erhebliche Auswirkung auf den Erhaltungszustand des Mooregebiets Dunkelsee haben wird.</p> <p>Zudem geht aus den vom Landesamt für Umwelt bereitgestellten Daten hervor, dass die Entfernung von Gehölzen im Mooreinzugsgebiet als notwendig angesehen wird, um den Erhaltungszustand des Moores Dunkelsee zu verbessern. [24] sowie [23] (Metadaten)</p>
--	--	--

## II.7 Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege

Nr.	Sachverhalt	Einschätzungen und Bewertungen
II.7.1	<p>Mitteilung der Fachgruppe Denkmalschutz/Archäologie der Stadt Brandenburg an der Havel vom 23.07.2021:</p> <p>Die Planung betrifft durch ihre Flächengröße und potenzielle Intensität der Bodeneingriffe möglicherweise Bodendenkmale. Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum ist Träger öffentlicher Belange und war durch eigene Untersuchungen im Vorfeld der Ortsumgehung Schmerzke und der Autobahnanbindung im Bereich des Planungsgebietes bereits tätig.</p>	<p>Nicht bekannte Bodendenkmale können jederzeit bei Erdarbeiten auftreten. Soweit in der Bauausführungsphase relevante Bodenfunde entdeckt werden, sind die im Baugenehmigungsverfahren festgelegten Bestimmungen einzuhalten. Bodendenkmale sind nach den rechtlichen Vorschriften zu erhalten, zu schützen und zu pflegen. Die dazu erforderlichen Maßnahmen bestimmt die zuständige Behörde im Rahmen der Zumutbarkeit.</p>

	<p>Fragen sind direkt an das Brandenburgische Landesamt zu richten. [15]</p> <p>Die öffentlich zugängliche Bodendenkmal-karte reicht zur Beurteilung der Betroffenheit von Bodendenkmalen nicht aus, da es neue Erkenntnisse in diesem Bereich gibt und das Landesamt gegebenenfalls im Rahmen der Klärung von typischen Siedlungs- oder Gräberfeldlagen, die zunächst als Verdachtsflächen eingestuft werden, weitere eigene Voruntersuchungen vornehmen kann. [15]</p> <p>Mit Stellungnahme des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM), Abteilung Bodendenkmalpflege vom 28.03.2022 wurden keine konkreteren Hinweise in der Sache mitgeteilt.</p>	
II.7.2	<p>Mitteilung der Fachgruppe Denkmalschutz/Archäologie vom 20.08.2021:</p> <p>Auf der Liste der Baudenkmale des Landes Brandenburg sind mehrere Gebäude eingetragen. Es handelt sich um die mittelalterliche Kirche und Grabdenkmäler auf deren Friedhof, die Rochowsche Schulscheune in der Schulstraße 3, die Schulstraße 5 und das historische Fabrikgebäude Brandenburger Straße 65. [16]</p> <p>Mit Stellungnahme des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM), 17.06.2022 wurden keine konkreteren Hinweise in der Sache mitgeteilt. Es wurde auf die „Notwendigkeit der Einzelfallprüfung“ verwiesen.</p>	<p>Die Objekte befinden sich mehr als 1 km vom Vorranggebiet entfernt. Aufgrund der Eigenart der Objekte kann bei dieser Entfernung die Beeinträchtigung des Umgebungsschutzes ausgeschlossen werden.</p>

### III Räumliche Abgrenzung des Vorranggebiets

Die räumliche Abgrenzung des Vorranggebiets erfolgt insbesondere unter Berücksichtigung der Einschätzungen und Bewertungen nach II.2.1 und II.6.5 sowie (teilweise) II.3.1.3.

Mit dem Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 5. Oktober 2021 hatte sich die Regionale Planungsgemeinschaft dafür entschieden, das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne mit einem Flächenumfang von 400 ha festzulegen. Für diese Entscheidung war maßgeblich, dass zunächst keine weiteren sachbezogenen Kriterien, die für die Abgrenzung des Vorranggebiets auf der Ebene der Regionalplanung von erkennbarer Bedeutung sind, gefunden werden konnten. Es wurde eingeschätzt, dass den Trägern der Bauleitplanung ein weiter Konkretisierungsspielraum überlassen bleiben könne.

Unter Berücksichtigung der Vorgabe des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, dass großflächige gewerblich-industrielle Vorsorgestandorte einem Flächenbedarf von etwa 100 Hektar gerecht werden sollen, entscheidet die Regionale Planungsgemeinschaft im Ergebnis des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans 3.0 vom 5. Oktober 2021, das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne um etwa 230 Hektar zu verkleinern. Zur Begründung werden die nachfolgenden Bewertungen und Entscheidungen vorgenommen:

## 1. Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange

Die Regionale Planungsgemeinschaft trifft die Entscheidung, das Vorranggebiet Paterdamm/Krahne im nordwestlichen Bereich um etwa einen Kilometer bzw. 100 Hektar zu verkleinern, um der voraussichtlichen Betroffenheit artenschutzrechtlicher Belange in Bezug auf die dort festgestellte Fortpflanzungsstätte einer geschützten Großvogelart vorsorgend entgegenzuwirken. Es wird dazu auf Abschnitt II.6.5 verwiesen. Um eine eindeutige Identifizierbarkeit des Vorranggebiets im Planungsmaßstab zu ermöglichen, werden bei der Abgrenzung topografische Gegebenheiten berücksichtigt, die in der Festlegungskarte eindeutig erkennbar sind. Die Abgrenzung erfolgt daher an einem Waldweg, der in der digitalen topografischen Karte (DTK 100) abgebildet ist und der anhand der Flurstücksgrenzen (ALKIS) [21] identifiziert wurde.

## 2. Berücksichtigung des Walderhalts und der Funktionen des Waldes

Im Beteiligungsverfahren zum Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 5. Oktober 2021 betraf ein Schwerpunkt der Bedenken die Betroffenheit von bewaldeten Flächen. Insbesondere der Umfang der potenziellen Inanspruchnahme von Waldflächen, die Bedeutung der natürlichen Funktionen des Waldes sowie die allgemeine Bedeutung des Waldes in Bezug auf den Klimaschutz waren Gegenstand ablehnender Stellungnahmen. Dazu wird auf den Abschnitt II.3.1 verwiesen.

Die Regionale Planungsgemeinschaft entscheidet, diesbezügliche Bedenken dadurch zu berücksichtigen, dass das Vorranggebiet um weitere bewaldete Flächen südlich der Bundesautobahn BAB 2 verkleinert wird. Da für eine differenzierte funktionale oder forstliche Bewertung der betreffenden Waldflächen keine Kriterien vorhanden sind, berücksichtigt die Regionale Planungsgemeinschaft dabei das von den Einwendern mehrfach benannte allgemeine Interesse am Walderhalt insbesondere in Bezug auf den Klimaschutz.

Zu den Auswirkungen der Inanspruchnahme von Wald auf die Bindung bzw. Freisetzung von Treibhausgasen (insbesondere CO<sub>2</sub>), ist grundsätzlich festzustellen, dass eine Bilanzierung nur unter Berücksichtigung der Verwendung des geschlagenen Holzes vorgenommen werden kann. Zudem muss beachtet werden, dass im Wald gleichzeitig Prozesse des Aufwachsens von Biomasse und der Entnahme von Biomasse stattfinden. Die Indikatoren für die Veränderung der Bindung von Kohlenstoffdioxid in der lebenden Biomasse sind die Holzzuwachsrates bzw. die Änderung des Holzvorrats. Nach den Ergebnissen der vierten Bundeswaldinventur 2022 sind diese über den Zeitraum von 2012 bis 2022 in Brandenburg auf einem konstant hohen Niveau. Die Holzzuwachsrates bzw. die Höhe des Holzvorrats werden maßgeblich durch die Bewirtschaftung der Wälder beeinflusst und können durch die abgestimmte Entnahme und Neuanpflanzung auf einem bestimmten Niveau gehalten werden. Ab einem bestimmten Alter wachsen Bäume langsamer und tragen damit auch weniger zu CO<sub>2</sub>-Bindung bei. Die Entnahme älterer Bäume, deren Holz auch für die Herstellung langlebiger Wirtschaftsgüter verwendet werden kann, hat daher vergleichsweise geringere Auswirkungen auf die Kohlenstoffspeicherung. Weiter ist unter dem Aspekt der Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Wälder in Bezug auf veränderte klimatische Bedingungen der Waldbau zu berücksichtigen, mit dem eine höhere Durchmischung der vorherrschenden Nadelwaldbestände mit Laubbaumarten gefördert werden soll.

Auf dieser Grundlage wird entschieden, ältere Nadelholzbestände mit einem Baumalter von 60 bis 90 Jahren bevorzugt in das Vorranggebiet einzubeziehen und jüngere Misch- und Laubwaldbestände möglichst von der Vorranggebietsfestlegung auszunehmen. Das Vorranggebiet wird daher südlich der Autobahn im Westen an Schlägen abgegrenzt, die im Datenspeicher Wald als jüngere Eichenbestände klassifiziert sind.

Durch die veränderte Abgrenzung des Vorranggebiets verringert sich auch der Anteil von Waldflächen für die besondere Waldfunktionen kartiert sind. Die Inanspruchnahme von Waldflächen mit den Waldfunktionen 4100 und 2100 wird vollständig vermieden. Die Inanspruchnahme von Lärmschutzwald verringert sich im Vergleich zum 1. Entwurf des Regionalplans 3.0 auf etwa ein Drittel.

Tabelle 1: Veränderung der Inanspruchnahme von Waldflächen nach Strukturmerkmalen

	Waldinanspruchnahme 1. Entwurf		Waldinanspruchnahme 2. Entwurf		
Strukturmerkmal	Fläche [ha]	Anteil [%]	Fläche [ha]	Anteil [%]	Veränderung Anteil [%]
Nadelbäume	275	78,16	126	84,13	7,63
Eiche	31	8,71	2	1,37	-84,28
sonstige Laubbäume	46	13,13	22	14,50	10,44
<b>Summe:</b>	<b>352</b>	<b>100,00</b>	<b>150</b>	<b>100,00</b>	
Alter 0 – 60	149	42,25	46	30,60	-27,57
Alter 60 – 90	135	38,32	73	48,39	26,29
Alter 90 – 162	68	19,44	31	21,01	8,09
<b>Summe:</b>	<b>352</b>	<b>100,00</b>	<b>150</b>	<b>100,00</b>	

Quelle: Landesbetrieb Forst Brandenburg, Datenspeicher Wald, Berechnungen der Regionalen Planungsstelle

Tabelle 2: Veränderung der Inanspruchnahme von Waldfunktionen

	Inanspruchnahme 1. Entwurf		Inanspruchnahme 2. Entwurf	
Waldfunktion	Fläche [ha]	Anteil [%]	Fläche [ha]	Anteil [%]
7710 Wald hoher ökologischer Bedeutung	0,4	0,1	0,4	0,3
3300 Lärmschutzwald	39,2	11,2	18,4	12,3
4100 Sichtschutzwald	9,2	2,6	0,0	0,0
2100 Wald auf erosionsgefährdeten Standort	3,6	1,0	0,0	0,0
<b>Summe</b>	<b>52,3</b>		<b>18,8</b>	

Quelle: Landesbetrieb Forst Brandenburg, Waldfunktionskartierung, Berechnungen der Regionalen Planungsstelle

Im Ergebnis beträgt der Flächenumfang des Vorranggebiets 170 Hektar.

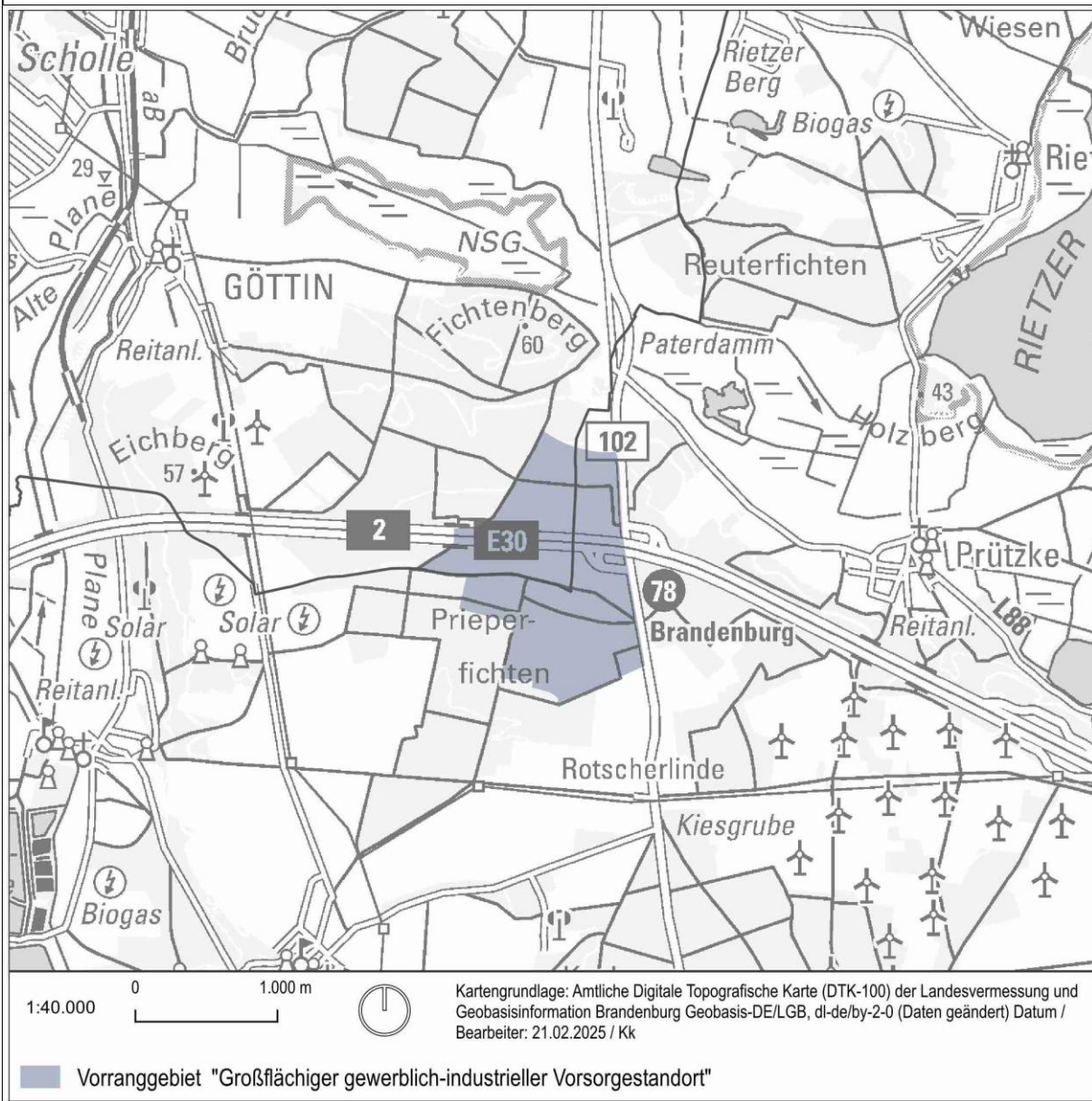
Eine Verkleinerung des Vorranggebiets auf die Mindestflächenanforderung nach dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg wird im Interesse der Gewährleistung eines Gestaltungsraums auf der Ebene der Bauleitplanung nicht vorgenommen. Das Vorranggebiet wird für die Verwirklichung einer gewerblich-industriellen Ansiedlung von besonderer Bedeutung für die Planungsregion vorgehalten. Das bedeutet nicht, dass das gesamte Gebiet bebaubar sein muss oder bebaut werden soll. Die weitere Konkretisierung obliegt den Trägern der Bauleitplanung unter der Maßgabe, dass andere Nutzungen – einschließlich gewerblich-industrieller Art, soweit die Erheblichkeitsschwelle von 100 Hektar Nettogewerbefläche im Einzelfall nicht erreicht wird – auszuschließen sind.



#### IV Karte Vorranggebiet Paterdamm-Krahne

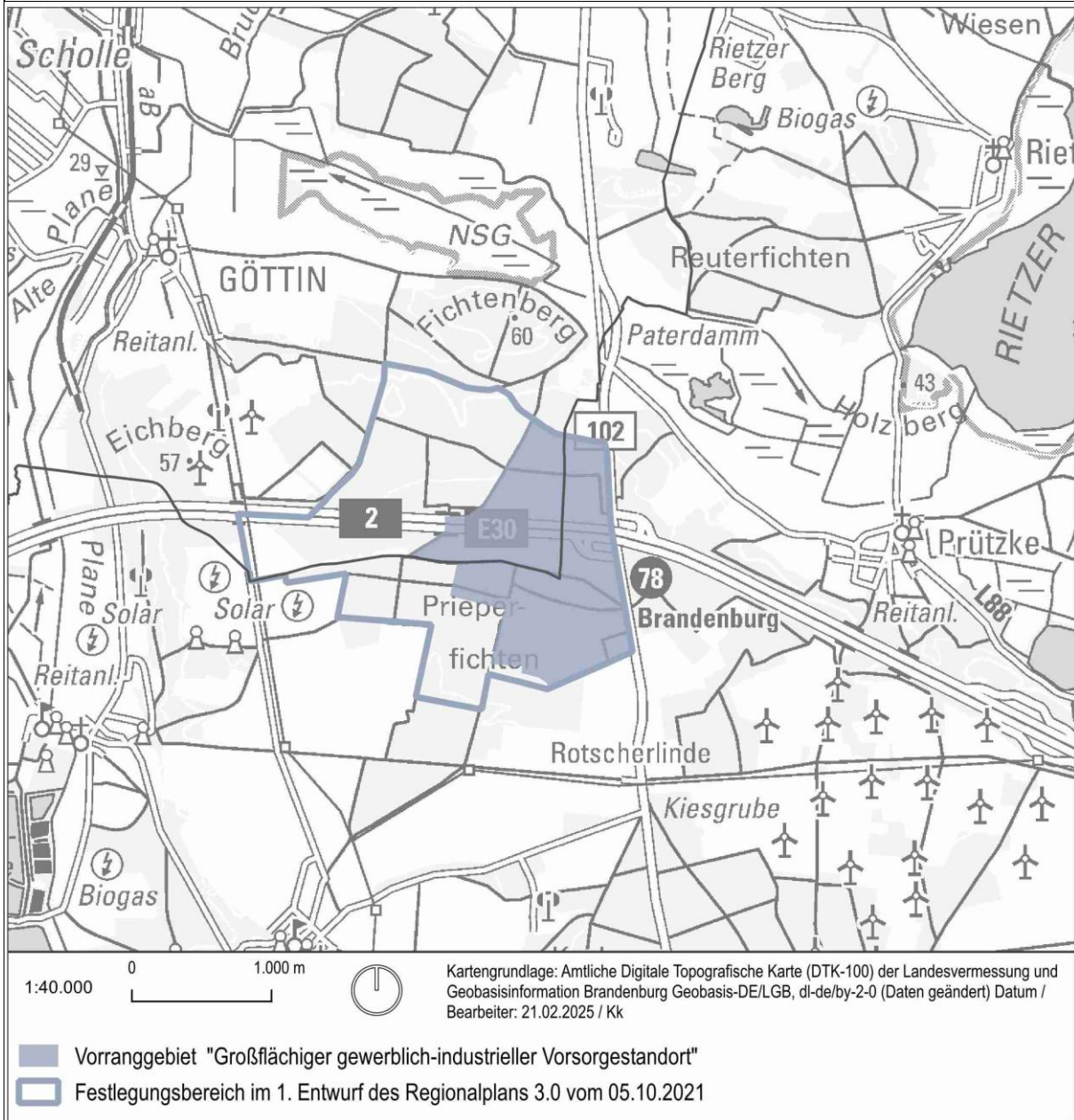
##### Großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort

##### „Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Gemeinde Kloster Lehnin-Krahne“



**V Karte Vorranggebiet Paterdamm-Krahne – Veränderung in Bezug auf den 1. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 5. Oktober 2021**

**Großflächiger gewerblich-industrieller Vorsorgestandort  
„Brandenburg an der Havel-Paterdamm / Gemeinde Kloster Lehnin-Krahne“**



## Quellenverzeichnis

- [1] Bundesagentur für Arbeit (2025): Arbeitsmarkt im Überblick – Monatsbericht Januar 2025 – Brandenburg, Land, <https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Bundeslaender-SGBII/Brandenburg-SGBII.html>
- [2] Gemeinde Kloster Lehnin - Fachbereich 3 Gemeindeentwicklung und Bauen (2021): Stellungnahme zum gewerblich-industriellen Vorsorgestandort Paterdamm - Krahne, Vorschlag zur Gebietsabgrenzung und Mitteilung über vorhandene Sachinformationen vom 09.09.2021.
- [3] Landesumweltamt Brandenburg (2004): Leitfaden zur Renaturierung von Feuchtgebieten in Brandenburg, Juni 2004.
- [4] Landesumweltamt Brandenburg (2009): Dokumentation zum Datenbestand „Oberirdische Einzugsgebiete der sensiblen Moore in Brandenburg / Stand 2008“.
- [5] Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (2019): Managementplan für das Gebiet Bruchwald Roßdunk, Stand Mai 2019. <https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/natura-2000/managementplanung/ffh-bruchwald-rossdunk/#>
- [6] Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (2018): Kartierung der Waldfunktionen im Land Brandenburg / Anleitung, Stand: 1. Januar 2018. <https://mdjd.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kartieranleitung.pdf>
- [7] Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (MLUR) des Landes Brandenburg (2000): Landschaftsprogramm Brandenburg, Dezember 2000. <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/umwelt/natur/landschaftsplanung/landschaftsprogramm-brandenburg/~mais2redc576138de>
- [8] Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (MLUR) des Landes Brandenburg (2016): Landschaftsprogramm Brandenburg, Kapitel 3.7 Landesweiter Biotopverbund, Vorentwurf Stand März 2016. <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/umwelt/natur/landschaftsplanung/landschaftsprogramm-brandenburg/~mais2redc576138de>
- [9] Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg (1995): Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bruchwald Roßdunk“ vom 1. Dezember 1995 (GVBl.II/96, Nr. 12, S.86) geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 10. November 2016 (GVBl.II/16, Nr. 63). [https://bravors.brandenburg.de/verordnungen/nsq\\_bruchwald\\_rossdunk](https://bravors.brandenburg.de/verordnungen/nsq_bruchwald_rossdunk)
- [10] Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming (2020): Ermittlung von geeigneten Standorten für die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten (Stand: November 2020). Abrufbar unter: [https://havelland-flaeming.de/wp-content/uploads/2025/01/GIV\\_Planungskonzept\\_20201126.pdf](https://havelland-flaeming.de/wp-content/uploads/2025/01/GIV_Planungskonzept_20201126.pdf)
- [11] Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming (2021): Bewertung von Standortalternativen für die Festlegung von großflächigen gewerblich-industriellen Vorsorgestandorten aufgrund der Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Belegenheitskommunen (Stand Oktober 2021). Abrufbar unter: [https://havelland-flaeming.de/wp-content/uploads/2022/02/9\\_3\\_ergU\\_1\\_2\\_Bewertung\\_Standortalternativen\\_GIV\\_Beteiligung\\_2021.pdf](https://havelland-flaeming.de/wp-content/uploads/2022/02/9_3_ergU_1_2_Bewertung_Standortalternativen_GIV_Beteiligung_2021.pdf)
- [12] Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503) [https://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund\\_26081998\\_IG19980826.htm](https://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund_26081998_IG19980826.htm)
- [13] Stadt Brandenburg an der Havel, Der Oberbürgermeister (2021): Stellungnahme zum Planungskonzept zur Festlegung großflächiger gewerblich-industrieller Schwerpunkte im Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 vom 01.02.2021.

- [14] Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel (2021): Einschätzung der Fachgruppe 66 Straßen und Brücken vom 05.08.2021.
- [15] Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel (2021): Mitteilung der Fachgruppe Denkmalschutz/Archäologie vom 23.07.2021.
- [16] Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel (2021): Mitteilung der Fachgruppe Denkmalschutz/Archäologie vom 20.08.2021.
- [17] Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel (2021): Stellungnahme der Fachgruppe 70 Wasser zum gewerblich-industriellen Vorsorgestandort Paterdamm-Krahne vom 16.08.2021.
- [18] Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel (2021): Stellungnahme der Fachgruppe 31 Umwelt und Naturschutz vom 19.08.2021.
- [19] Verordnung über den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35).  
[https://bravors.brandenburg.de/br2/sixcms/media.php/76/GVBl\\_II\\_35\\_2019.pdf](https://bravors.brandenburg.de/br2/sixcms/media.php/76/GVBl_II_35_2019.pdf),  
Anlage Textteil: [https://bravors.brandenburg.de/br2/sixcms/media.php/76/GVBl\\_II\\_35\\_2019-01-Anlage-Landesentwicklungsplan.pdf](https://bravors.brandenburg.de/br2/sixcms/media.php/76/GVBl_II_35_2019-01-Anlage-Landesentwicklungsplan.pdf),  
Anlage Festlegungskarte: [https://bravors.brandenburg.de/br2/sixcms/media.php/76/GVBl\\_II\\_35\\_2019-02-Anlage-Festlegungskarte.pdf](https://bravors.brandenburg.de/br2/sixcms/media.php/76/GVBl_II_35_2019-02-Anlage-Festlegungskarte.pdf)
- [20] Volkmar Rowinsky, Andreas Wahren: Polder Breites Bruch: Hydrologische Untersuchungen (erste Ergebnisse), 2022, [https://www.klimamoor-brandenburg.de/wp-content/uploads/2022/08/Praesentation\\_Dr\\_Wahren\\_Dr\\_Rowinsky\\_Polder\\_Breites\\_Bruch.pdf](https://www.klimamoor-brandenburg.de/wp-content/uploads/2022/08/Praesentation_Dr_Wahren_Dr_Rowinsky_Polder_Breites_Bruch.pdf)
- [21] Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl.I/04, Nr. 06, S.137) zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. April 2019 (GVBl.I/19, Nr. 15). <https://bravors.brandenburg.de/gesetze/lwaldg>
- [22] Flächendeckende Biotop- und Landnutzungskartierung (BTLN) im Land Brandenburg - CIR-Biotoptypen 2009. <https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/biotopschutz/biotopkartierung/biotop-und-landnutzungskartierung/#>
- [23] Sensible Moore des Landes Brandenburg. <https://geobroker.geobasis-bb.de/gbss.php?MODE=GetProductInformation&PRODUCTID=F1C8BE78-6BB4-4D13-9C29-F523E690209B>
- [24] Rahmenplan zur Prioritätensetzung bei der Förderung von Moorschutzprojekten durch den NaturSchutzFonds Brandenburg. [https://www.naturschutzfonds.de/fileadmin/nsf/Dokumente/Info-material\\_NSF\\_allgemein/Rahmenplan\\_Moorschutz.pdf](https://www.naturschutzfonds.de/fileadmin/nsf/Dokumente/Info-material_NSF_allgemein/Rahmenplan_Moorschutz.pdf)

## Datengrundlagen

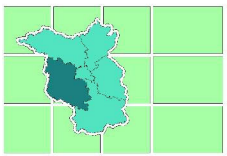
- [25] Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS). <https://geobasis-bb.de/lgb/de/geodaten/liegenschaftskataster/alkis/#>
- [26] Biotope, geschützte Biotope (§ 30 BNatSchG und § 18 BbgNatSchAG) und FFH-Lebensraumtypen im Land Brandenburg. <https://geoportal.brandenburg.de/detailansichtdienst/render?url=https://geoportal.brandenburg.de/gs-json/xml?fileid=A061BB02-70AC-4422-BB58-4A49F585D7F2>
- [27] Daten aus dem Agrarförderantrag. <https://geoportal.brandenburg.de/detailansichtdienst/render?view=gdiibb&url=https://geoportal.brandenburg.de/gs-json/xml?fileid=996f8fd1-c662-4975-b680-3b611fcb5d1f>

- [28] Eingriffs- und Kompensationsflächeninformationssystem (EKIS). <https://geoportal.brandenburg.de/detailansichtdienst/render?view=gdibb&url=https%3A%2F%2Fgeoportal.brandenburg.de%2Fgs-json%2Fxml%3Ffileid%3DDDB938B67-403B-4F23-B2A4-015C7B16FDB9>
- [29] Waldfunktionen im Land Brandenburg. <https://www.metaver.de/trefferanzeige?cmd=doShow-Document&docuuid=AD2E30B5-B5FA-4C7B-B30C-90FBA347AEB6&plugid=/ingrid-group:ige-iplug-BB>

Alle URL wurden zuletzt aufgerufen am 16.04.2025.

## **Anhang Erläuterungskarten**





**Erläuterungskarte 1: Waldfunktionen und  
artenschutzrechtliche Belange im  
Festlegungsbereich des GIV Brandenburg  
an der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne  
2. Entwurf (2025)**

**Legende**

Waldfunktionen

- 7719 Wald mit hoher ökologischer Bedeutung
- 2100 Wald auf erosionsgefährdetem Standort
- 4100 Sichtschutzwald
- 3300 Lärmschutzwald

oberirdisches Mooreinzugsgebiet

- Mooreinzugsgebiet Dunkelsee

Artenschutz

- Revier Großvogel

Großflächige gewerblich-industrielle

Vorsorgestandorte

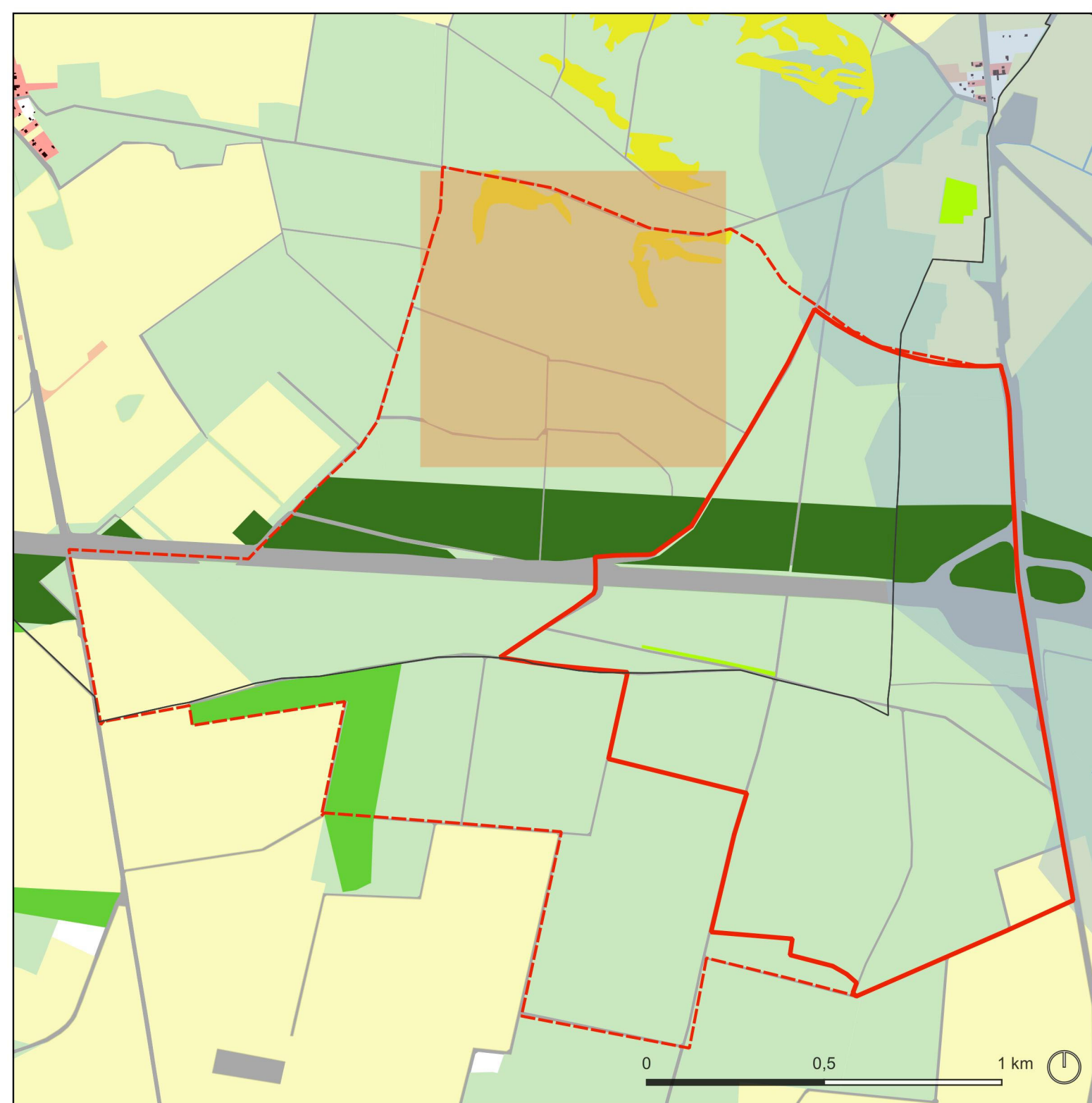
- GIV Paterdamm / Krahne 2. Entwurf

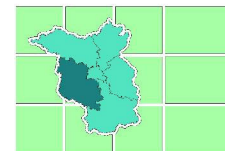
- GIV Paterdamm / Krahne 1. Entwurf

- Gemeindegrenze

Landnutzung

- Wohnen und gemischte Nutzung
- Industrie und Gewerbe
- Straßenverkehr
- Landwirtschaft
- Wald





**Erläuterungskarte 2: Waldstruktur im  
Festlegungsbereich des GIV Brandenburg an  
der Havel-Paterdamm / Kloster Lehnin-Krahne  
2. Entwurf (2025)**

**Legende**

**Baumart**

- Nadelbäume (GKI\_SKI\_GDG\_GFI)
- Eiche (EI\_TEI)
- restliche Laubbäume (RO\_WLI\_BAH\_GBI)

**Baumalter (Jahre)**

- 0 - 60
- 60 - 90
- 90 - 162

**Großflächige gewerblich-industrielle**

**Vorsorgestandorte**

- GIV Paterdamm / Krahne 2. Entwurf
- GIV Paterdamm / Krahne 1. Entwurf
- Gemeindegrenze

**Landnutzung**

- Wohnen und gemischte Nutzung
- Industrie und Gewerbe
- Straßenverkehr
- Landwirtschaft
- Wald

Walddaten: Naturaldaten aus Datenspeicher Wald, Stand: 11.01.2023  
Kartengrundlage: ALKIS  
© GeoBasis-DE/LGB, dl-de/by-2-0 (Daten geändert)  
Datum / Bearbeiter: 21.02.2025 / Kk